Die „Volkswacht" erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Nr. 134. Freitag, den 12. Juni 1903. 14. Jahrgang.

Die Palastrevolution in Serbien.

Hohe Offiziere als „Anarchisten."

Ueber das Attentat in Serbien veröffentlichen wir heute die im Laufe des Tages eingegangenen Depeschen.

Im allgemeinen wird es unseren Lesern auffallen, mit welcher Gemütlichkeit bürgerliche Blätter und Telegraphenbureaus den vielfachen Mord behandeln. Da hohe Offiziere die Täter sind, spricht man nicht von „bestialischem Mord", sondern von einem „Ereignis." Wie würde der staatserhaltende Chor kreischen, wenn serbische Arbeiter die Täter wären!

Ueber die Vorgeschichte und die Ereignisse

der gestrigen Nacht wird der Wiener „Zeit" aus Belgrad gemeldet:

Der gegen das Königspaar geführte Streich, der auf die Beseitigung der Dynastie Obrenowitsch abzielte, ist vollkommen gelungen. Die Revolution war von langer Hand vorbereitet. Seit drei Monaten bestanden im ganzen Lande Komitees, welche gemeinsam mit dem Militär die Sache vorbereiteten. Die Leiter der ganzen Aktion scheinen die gegenwärtigen Minister Ljubomir Schimkowitsch und Wojislaw Jeljkowitsch gewesen zu sein. Der erste Beschluß, das Königspaar zu ermorden, wurde vor Monaten in dem

Belgrader höheren Offizierkorps

gefaßt. Zur Vollstreckung der Tat war das in Belgrad garnisonierende **16. Infanterie-Regiment** ausersehen. Der Streich war für später bestimmt, wurde aber durch ein vom Präfekten Marschitschan vorbereitetes Komplott, sowie durch die Befürchtung, die neue Skupschtina werde die Thronfolge regeln, beschleunigt. Mit der Ausführung wurde der Adjutant des Königs, Oberst Naumowitsch, beauftragt. Gegen 11 Uhr Abends sprengte Naumowitsch, welcher den Dienst hatte,

mit einer Bombe

die zu dem Schlafgemach des Königspaares führende Tür und drang mit dem Oberstleutnant Mischitsch vom 16. Infanterie-Regiment und einigen andern Offizieren, die alle mit Revolvern bewaffnet waren, in das Gemach. Vorher war die Burgwache, welche die Gardekavallerie gestellt hatte, durch Truppen des 16. Infanterie-Regiments überwältigt, wobei der Wachtkommandant, Rittmeister Panajotowitsch, von den Verschwörern erschossen wurde. Naumowitsch legte dem König die Abdankungsurkunde zur Unterschrift vor, in der gesagt war, der König habe durch seine Heirat mit einer öffentlichen Dirne Serbien kompromittiert, weshalb er abdanken müsse. Als Antwort darauf

ergriff der König den Revolver und schoß Naumowitsch nieder,

der auf der Stelle getötet wurde. Jetzt trat Mischitsch vor, ergriff die Abdankungsurkunde und forderte den König zur Unterschrift auf. Nun erkannte der König den vollen Umfang der Gefahr und flüchtete mit der Königin auf den Dachboden. Offiziere folgten und gaben auf das Königspaar Schüsse ab, die dasselbe niederstreckten. Den tötlichen Schuß auf den König soll der seit zwei Jahren in Ungnade gefallene Major Luka Lazarewitsch abgegeben haben. Generaladjutant Lazar Petrowitsch kam zur Hilfe herbei und verwundete den Hauptmann Dragulin Dimitkiewitsch. Gegen 2 Uhr früh kamen aus ihren in der Festung gelegenen Wohnungen beide Brüder der Königin, Nikodem und Nikoda Ljunevica, die beide erschossen wurden. In ihren Wohnungen wurden ferner erschossen der Ministerpräsident, dessen Schwager, Artilleriehauptmann Jovan Milkowitsch, der Minister des Innern Theodorowitsch, angeblich mit seiner Tochter, und der Kriegsminister Milovan Pavlowitsch. Während sich das Ereignis im Konak abspielte, waren die Straßen dicht mit Militär besetzt. Vor dem Palast fuhren Kanonen auf. Bis heute Mittag stand das Militär in den Straßen. Der Kommandant der Donaudivision, Oberst Dimitriew Nikolitsch, wollte mit dem 8. Regiment in die Stadt marschieren, um dem König zu helfen. Neben der Kaserne vor der Stadt begegnete ihm Oberleutnant Gagowitsch mit einer Reiterabteilung. Es entspann sich ein Kampf, in dem beide Offiziere getötet wurden.

Der „Nat.-Ztg." geht aus Semlin folgende Darstellung zu:

Ein Trupp Offiziere

zog heute Nacht in das Königspalais und forderte in Vereinbarung mit dem radikalen Führer Ljuba Ziokowitsch den König auf, zu Gunsten von Karageorgiewitsch abzudanken. Der König weigerte sich und erschoß den die Urkunde unterbreitenden Obersten Naumowitsch. Die Offiziere ließen nun den Kriegsminister und den Minister des Innern holen und erschossen das Königspaar, den Adjutanten Petrowitsch und die königstreuen Offiziere. Der Anführer des Militärs war Oberstleutnant Mischitsch vom 16. Infanterie-Regiment, welcher die Königin ermordete. Die Königin und ihre Geschwister wurden

mit einer Hacke erschlagen;

der König wurde erschossen. Die Königin war sofort tot, der König lebte noch einige Minuten. Die Ursache des Aufstandes war die vor einigen Tagen erfolgte Rückkehr des Bruders der Königin und Thronkandidaten Lunjewitza. Die überlebenden bisherigen Minister wurden verhaftet. Sonntag soll das feierliche Leichenbegängnis sein. Für heute Abend ist eine Festbeleuchtung geplant. **In Belgrad herrscht ungeheurer Jubel.**

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Belgrad von Donnerstag Vormittag 11 Uhr 2 Min: Die bisher erschienenen Blätter melden, daß das blutige Ereignis sich um 2 Uhr Nachts abgespielt hat. Zuerst drangen Offiziere des Generalstabs vom Vorbereitungskurse in den Konak, die sofort alle den Königspalast umzingelten. Nach einer Version wurde

das Königspaar im Schlafzimmer

überrascht, nach einer anderen soll sich das Königspaar auf den Hausboden geflüchtet haben. Letzteres gilt als unwahrscheinlich. Sämtliche Ministerien wurden sofort besetzt. Heute am frühen Morgen durchkreuzten Offiziere die Stadt und riefen vom Sattel herab, daß das Königspaar erschossen sei. Die Königin Draga soll zahlreiche Schußwunden haben. Man erzählt, daß die Leichen des Königspaares durch ein Fenster des Konaks in Leichentüchern in den Garten des Konaks hinabgelassen und sofort auf einen Bagagewagen gelegt wurden.

Die beiden Brüder der Königin

wurden auch im Konak erschossen. Drei Schwestern blieben am Leben. Der Schwiegersohn des Generals Zinfar Markowitsch, Hauptmann Milkowitsch, wurde erschossen. Um 11 Uhr wurde an den Leichen des Königspaares und dreier Adjutanten die Autopsie vorgenommen. Von dem Minister des Inneren verlautet, er sei schwer verwundet, aber nicht tot. Das Zeichen zum Beginn des Blutbades wurde durch einen Kanonenschuß gegeben.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Belgrad: Ueberall sind Truppen aller Waffen, auch Kanonen aufgestellt. Das Militär trägt nicht mehr Kokarden mit dem Namenszug Alexanders, sondern Blumen, grüne Zweige oder Blätter anstelle der Kokarde. Junge Leute rotten sich zusammen, schwenken Fahnen und ziehen umher, indem sie rufen: Es lebe Karageorgiewitsch! Fast alle Häuser Belgrads haben Fahnen ausgesteckt, jedoch sind keine schwarzen Trauerfahnen darunter. Vom Königsschlosse weht keine Standarte mehr. Einige behaupten, Karageorgiewitsch weile seit gestern in Belgrad, andere behaupten das Gegenteil, Niemand weiß, woran man ist.

Nach einem weiteren der „Kölnischen Zeitung" zugegangenen Privattelegramm aus Belgrad wurden außer dem Königspaare auch die Brüder der Königin, sowie der Adjutant Oberstleutnant Naumowitsch und andere Hofleute ermordet. Ein Militärkordon um den Konak verweigert jedermann den Zutritt.

Ein Privattelegramm der „Kölnischen Zeitung" aus Belgrad von heute Vormittags 8 Uhr 20 Min. meldet: Man erzählt in Belgrad, König Alexander habe in letzter Zeit tatsächlich die Absicht verwirklichen wollen, sich von Draga zu scheiden. Die Königin habe dies bemerkt und hintertreiben wollen. Einige hohe Militärs hätten Draga in der letzten Nacht gewaltsam aus dem Konak entfernen wollen, seien aber auf Widerstand bei den Anhängern der Königin gestoßen. In dem erbitterten Gemetzel sei alsdann das Königspaar mit seinem Anhang gefallen.

Das neue Ministerium

veröffentlicht folgendes Kommuniqué:

„Verschiedene Zwistigkeiten, welche am Hofe sich ereignet haben, riefen die Intervention der Armee und den Konflikt hervor, in welchem das Königspaar seinen Tod gefunden hat. Zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung im Lande, in dem traurigen und schwierigen Augenblicke haben sich die Vertreter aller politischen Gruppen verständigt und eine provisorische Regierung gebildet, damit der vor dem 23. März bestehende verfassungsmäßige Zustand wiederhergestellt werde. Sie haben beschlossen, die National-Versammlung, welche unter der Geltung der Verfassung am 6. April 1901 gewählt worden ist, zu einer Sitzung einzuberufen. Die Nationalversammlung wird zur Wahl eines Souveräns und zur Beschlußfassung schreiten, welche die gegenwärtige innere Lage erheischt. Nach den bis jetzt von den militärischen und den Zivilbehörden erhaltenen Nachrichten wurde die Ruhe des Landes nirgends gestört. Die Regierung wird bestrebt sein, dieselbe zu erhalten, und ist überzeugt, daß indem sie in dieser Weise handelt, sie dem neuen Zustande der Dinge die Sympathie aller europäischen Mächte sichert."

In Belgrad herrscht völlige Ruhe. Die Stadt ist militärisch besetzt. Die Bestätigung der von den Truppen bereits geschehenen Ausrufung des Prinzen Peter Karageorgiewitsch als König durch die für Montag einberufene Skupschtina wird erwartet.

Peter Karageorgiewitsch

weilte Donnerstag Nachmittag noch in Genf. Er ließ Nachmittags 4½ Uhr einem Journalisten auf dessen Anfrage sagen, er habe noch keine offizielle Nachricht und wisse noch nicht, ob und wenn er nach Belgrad abreisen werde, und ob er wirklich zum König proklamiert worden sei. Immerhin erklärte er, daß unter den Unterzeichnern der Proklamation des neuen Ministeriums mehrere seiner Anhänger sich befänden. Bestimmte Namen nannte er nicht mit der Begründung, der Telegraph habe die Namen entstellt. Beide Söhne des Fürsten Peter Karageorgiewitsch, Georg und Alexander, besuchten

Ein Kampf ums Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

17] (Nachdruck verboten.)

„Ich bin erst seit anderthalb Jahren im Dorfe," sagte der Mandatar.

„Und ich seit zehn Jahren," bemerkte der Richter.

„Tut nichts!" erwiderte Herr Kapronski. „Ich bitte Sie dennoch hier zu bleiben, weil diese Menschen sonst vielleicht — hm!" Er räusperte sich verlegen und setzte dann laut hinzu: „Also — der Unparteilichkeit wegen! Treten Sie an den Tisch zur Rechten, Herr Mandatar, und Ihr, Herr Richter, zur Linken!"

„Nun höret abermals!" wandte er sich wieder an die Menge. „Wer sich genau erinnert, daß das Kreuz auch vor sechzehn Jahren in der Mitte des Ackers stand, wie heute, trete zur Rechten, also auf jene Seite, wo der Herr Mandatar steht. Wer sich aber genau daran erinnert, daß das Kreuz vor sechzehn Jahren noch dicht am Flusse stand und erst ein Jahr später von dort entfernt und an seiner heutigen Stelle aufgerichtet wurde, trete zur Linken, dorthin, wo der Richter steht . . ."

Die Scheidung vollzog sich unter dumpfem Gemurmel, aber als sie vollendet war und nun beide Parteien getrennt gegenüberstanden da erhob sich wilder Zornruf, Schimpf und Verwünschung. „Ihr Hunde!" riefen die Bauern und schwangen die Beile. Denn drüben standen nicht bloß, wie sie erwartet, die Knechte, Meier und Sassen der Herrschaft, sondern auch einige der Ihrigen, Taglöhner und herabgekommene Hausväter, Lumpen und Schelme. Welch' schlimmer Tat man sie auch sonst fähig gehalten, niemand hätte ihnen offenen Verrat an ihrem Dorfe zugetraut. Denn das erscheint den Ruthenen als schlimmste Schandtat: das Band der Gemeinde gilt ihnen heiliger, als jedem anderen Volke. Aber tiefer und schmerzlicher als diese Niedertracht des besitzlosen Gesindels empörte es die Männer, daß sie den Sohn ihres einstigen Richters gleichfalls im Feindeslager erblicken mußten. Auch Harasim Woronka war nach rechts getreten. Was bei den andern das Geld bewirkt, hatte bei ihm der Racheburst vollbracht; nun endlich konnte er dem tötlich gehaßten Fremdling einen bösen Streich spielen. Denn je grimmer ihm sein Laster an Kraft und Vermögen zehrte, desto fester war seine Ueberzeugung geworden: „Ohne den Taras wäre ich heute Richter, der reichste Mann des Dorfes und der Gatte der Anusia!" Und alle Guttat, welche ihm der Edle erwiesen, hatte nur seinen Grimm und Groll gemehrt. Zu feig, um dem Verhaßten an Leib und Leben zu greifen, hatte er sich vom Mazuren Boleslaw zu dieser Art der Rache überreden lassen. Aber als er nun das Versprechen erfüllen mußte, da regte sich doch sein Gewissen und er zitterte an allen Gliedern.

„Elendes Mannweib!" schrieen dem Harasim Woronka die Männer zu, „Du schändest Deinen Vater im Grabe!"

Harasim wurde totenfahl und griff wie ein Ertrinkender mit den Händen in der Luft herum; es ist der furchbarste Vorwurf, der einem Sohne dieses Volks gemacht werden kann. Vielleicht wäre er im nächsten Moment zurückgekehrt in die Reihen der Menschen, zu denen er nach Blut und Schicksal gehörte. Aber Boleslaw ersah sein Schwanken, ergriff den Zitternden mit mächtiger Faust und schob ihn hinter sich.

„Gewalt!" heulten die Bauern auf und drangen auf den Riesen ein. Es schien, als müßte die nächste Sekunde Mord und Entsetzen bringen.

Mit verschiedenen Empfindungen blickten die Männer am Tische auf die wilde Szene. Der Kommissär war totenbleich geworden, er fühlte sich einer Ohnmacht nahe. Anders Herr Hajek; er hatte Mühe, seinen Triumph zu bergen, und zwang sich eine Trauermiene auf, als er zu dem Beamten sagte: „Nun werden Sie mir wohl gerne glauben, wie schwer es ist, gegen solche Menschen sein gutes Recht zu behaupten!" Der Treffliche hätte viel darum gegeben, wenn eines dieser geschwungenen Beile auf das Haupt des Harasim niedergesaust wäre.

Es kam nicht dazu, dank der Entschlossenheit des Richters. Wohl hatte der Verrat des Harasim ihn noch tiefer empört als all die andern, aber kaum einen Atemzug lang gab er sich dieser Empfindung hin, dann raffte er sich auf und tat seine Pflicht. „Zurück!" rief er. „Zurück!" wiederholten die Aeltesten seinen Ruf, und so drängten die drei Männer die Wütenden langsam nach links, daß wieder der Raum frei wurde zwischen den beiden Haufen.

Herr Kapronski zitterte noch immer an allen Gliedern; die bleichen Lippen zuckten, aber er brachte keinen Laut hervor. Ein lächerlicher und doch im Grunde trauriger Zwischenfall kam ihm zu Hilfe und lenkte die Aufmerksamkeit von seinem jämmerlichen Zustand ab. Nachdem nämlich die Leute wieder geschieden standen, da gewahrte man erst, daß ein Mann keine Partei ergriffen, sondern sein in der Mitte stand: der hochwürdige Martin Sustenkowicz. Freilich sah das Wort Gottes von Zulawce in diesem Moment nicht gerade so aus wie ein Mann, der ruhigen Gemüts, imponierend und vermittelnd, zwischen zwei Streitenden steht – im Gegenteil, recht ängstlich und kleinmütig blickte er drein, schielte nach rechts und nach links und dann wieder hilfesuchend zu dem Gerichtstisch hin.

„Hochwürdiger!" rief der Meier, „was soll das heißen? Du hast mir gestern zugeschworen, das die Herrschaft im Rechte . . ."

„Hm! — ja! — gestern! stammelte der Pfarrer, warf einen scheuen Blick auf die Bauern und trippelte nach rechts.

„Halt! Väterchen!" rief der Aelteste Alexa und faßte ihn am Kaftan, „hast Du mir nicht vor einer Stunde gesagt: „Euer ist der Acker, denn ich selbst habe das neue Kreuz vor fünfzehn Jahren eingesegnet?!"

„Hm! — ach! — eingesegnet!" wiederholte der Bedrängte in maßloser Verwirrung, blieb stehen und wischte sich die schweren Schweißtropfen von der Stirn.

Der Mandatar erbarmte sich seiner Not. „Kommen Sie hierher, Herr Pfarrer," sagte er, „an meine Seite! Oder noch besser," fügte er mit bitterem Spotte hinzu, „hinter den Tisch, dicht an das Kruzifix. Wir haben keine Kerzen, so mag denn das Licht, welches von Ihrem ehrwürdigen Gesicht strahlt, alle Zeugen erbauen und erschüttern!"

Der Kommissär hatte sich mühsam gefaßt. Er konnte wieder sprechen, wenn auch mit umflorter Stimme. „Wir schreiten nun zum Eide," sagte er, „denn die Aussage habt Ihr bereits abgelegt, indem Ihr Euch dahin oder dorthin gestellt. Wer seine Aussage nicht beeiden will, erhebe die Hand!"

Niemand rührte sich.

Herr Kapronski geriet wieder in große Bedrängnis. Er hätte die Sache so rasch als möglich abtun mögen, aber diese unerhörte Sachlage legte ihm ja eine Ermahnung als gebieterische Pflicht auf. „Liebe Leute!" sagte er hastig, „ein Meineid ist kein Kinderspiel! Denket an Gott! Und dann — hm! die irdische Strafe! Es kann ja — hm! nur eine der beiden Parteien im Rechte sein. Also noch einmal: wer will — hm! nicht schwören?"

Auch diese ebenso würdige als erschütternde Ermahnung übte keine Wirkung. Der Einzige, dessen Hand empor zuckte, Harasim Woronka, ließ sie wieder sinken, als ihm der Mazure ins Ohr flüsterte: „Memme! willst Du, das Dein Freund Taras auch ferner die Nase hoch trage?!"

Dem Kommissär trat der Angstschweiß auf die Stirn, dieses Resultat konnte er dem gestrengen Herrn Kreishauptmann denn doch nicht gut vorlegen. „Das ist ein schwerer Fall!" seufzte er, zum Mandatar gewendet. „Wünschen Sie vielleicht, daß ich die Leute durch den Pfarrer zur Wahrheit ermahnen lasse!"

„Gewiß! erwiederte Hajek mit ernsthafter Miene, „ich halte dies für ein ebenso wirksames als würdiges Mittel!"

Aber Taras schüttelte das Haupt. „Herr Kommissär," sagte er, „es ist ein rechtes Unglück für die Gemeinde, einen solchen Pfarrer zu haben! Wie er ist, hast Du selbst gesehen. Aber was sollen wir armen Bauern tun? Wir müssen uns bemühen, seine heiligen Weihen zu achten, da wir ihn selbst nicht achten können. Darum vermeiden wir jede Gelegenheit, wo er uns lächerlich erscheinen muß, denn es tut nicht gut, wenn die Leute sich daran gewöhnen, ihren Pfarrer zu verspotten. Beim allmächtigen Gotte, Herr Kommissär, es tut nicht gut! Und nun entscheide Du, ob es schicklich ist, daß er jetzt eine Predigt an die Leute halte. Ich meine: ein Schwur ist eine ernste Sache, eine furchtbar ernste, Herr Kommissär!"

(Fortsetzung folgt.)

... Schüler, die in die Verschwörung kamen, wo sie noch heute weilen.

Die „Neue Freie Presse“ erwähnt, daß der Justizminister Schiwkowitsch und der Minister des Innern Protitsch, die von Peter Karageorgewitsch in das neue Kabinet berufen worden seien, unter König Milan zu 20 Jahren Kerker verurteilt wurden. Der Handelsminister Gentschitsch sei der Hauptgegner der Königin Draga gewesen und unter König Alexander wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden.

Belgrad, 17. Juni. (Hirsch's T.-B.) Das „Mali Journal“

verherrlicht die Ermordung

des Sohnes des serbischen Neros, der Serbien vor aller Welt kompromittierte. Der Sohn dieses serbischen Neros sei von der Hand serbischer Offiziere gefallen und das habe er verdient. Das gesamte Heer mit Ausnahme des 8. Infanterie-Regiments, dessen Oberst Nikolitsch sowie 2 weitere Offiziere erschossen wurden, waren mit dem Gewaltstreich einverstanden. Der Adjutant Petrowitsch schloß sich gezwungen der Verschwörung an und versuchte die Offiziere irre zu führen, um dem Königspaar Zeit zur Flucht zu lassen, weshalb er erschossen wurde. Die Brüder der Königin sind tot, während ihre Schwestern militärisch bewacht sich in ihrer Wohnung befinden. Die Sektion der Leichen des Königspaares ergab, daß der König mehrere Stichwunden und Schußwunden, darunter die tötliche, Königin Draga mehrere Schuß- und Stichwunden empfangen hat. Voraussichtlich wird König Alexander

ohne alle Zeremonie

in der Kirche des **Klosters** Bahowitsch Topschider beigesetzt werden. Königin Draga dagegen wird auf dem allgemeinen Friedhof begraben werden. Die Verschwörung war lange vorbereitet. König Alexander wurde vor wenigen Tagen gewarnt. Die Leiche der Königin lag bis Nachmittags unbekleidet, so wie sie aus dem Bett gerissen war, die Beerdigung des Königspaares erfolgt auf Staatskosten.

Berlin, 12. Juni. (Hirsch' T.-B.) Ueber das blutige Ereignis in Belgrad liegen noch folgende ausführliche Meldungen vor: Gegen 11½ Uhr Nachts drangen

30 Offiziere

unter Führung des Obersten Martin und Oberstleutnant Mischitsch in den Konak ein. Da nicht alle Türen erbrochen werden konnten, wurden einige, darunter auch die zu den Gemächern des Königspaares führenden Türen mit Dynamit gesprengt, wobei der Adjutant des Königs, Oberst Naumowitsch, getötet wurde. Im ersten Gemach trat den Offizieren der Hauptmann Miljkowitsch entgegen, er wurde, da er sich zur Wehr setzte, erschossen. Dasselbe geschah mit dem Generaladjutanten General Petrowitsch, der einige Revolverschüsse abgab, ohne zu treffen. Nunmehr war der Weg zum Schlafgemach des Königspaares frei. König Alexander hatte während dieser Zeit vergeblich

vom Fenster aus um Hilfe gerufen.

Er umschlang die Königin und wartete so, bis die eindringenden Offiziere die Tür des Schlafgemachs gesprengt hatten. Sofort feuerten dieselben auf das Königspaar ihre Revolver ab. König und Königin fielen von zahlreichen Kugeln getroffen **engumschlungen tot zu Boden**. Die wichtigste Rolle spielten hierbei die Hauptleute Joskowitsch und Glischitsch. Die Kunde von dem Ereignis wurde sofort in die Kaserne getragen. Nur ein Kommandant, Oberst Nikolitsch, widersetzte sich und wurde **erschossen**.

Wien, 12. Juni. (Hirsch's T.-B.) In Belgrad drücken sämtliche Blätter die Hoffnung aus, daß mit dem gestrigen Tage eine **neue Epoche** für das Land anbreche. — Nach einer Meldung aus Budapest erkennt die serbische Bevölkerung nicht nur die **Berechtigung** zu der Revolution an, sondern betont freudig, daß die **Tyrannei** nunmehr aufhört.

Sofia, 12. Juni. (Hirsch's T.-B.) Die Belgrader Ereignisse sollen auf den **Fürsten** einen sehr **tiefen Eindruck** gemacht haben. In hiesigen diplomatischen Kreisen werden Komplikationen befürchtet.

Budapest, 12. Juni. (Hirschs Telegraphenbureau). Der direkte Verkehr zwischen Serbien und Ungarn ist nach jeder Richtung **unterbrochen**. Zahlreiche Anhänger der Obrenowitsch haben sich auf ungarisches Gebiet geflüchtet. Heute Abend wird in der Unabhängigkeitspartei des ungarischen Parlaments über die Form beraten, in welcher die Ereignisse im Abgeordnetenhaus morgen vor der Tagesordnung zur Sprache gebracht werden können. In dem Fürsten Karageorgiewitsch sieht man keinen Feind Ungarns.

* * *

Mit dem Könige Alexander ist der **letzte Sproß** der Dynastie Obrenowitsch in das Grab gesunken. Alexander fiel einem Mitgliede der Familie Karageorgiewitsch zum Opfer, die, seitdem sie aus Serbien vertrieben worden war, die Familie der Obrenowitsch mit ihrem glühendsten Hasse verfolgte. Heute können sie sich rühmen, die völlige Vernichtung der Dynastie der Obrenowitsch herbeigeführt zu haben.

Am Mittwoch waren **es** gerade 35 Jahre, daß der Fürst Michael Obrenowitsch — am 10. Juni 1868 — im Parke zu Topschider in der Nähe von Belgrad auf Anstiften der Karageorgiewitsch **ermordet** wurde, und Donnerstag sollte, wie aus Belgrad berichtet wird, dort ein Requiem für den Fürsten Michael stattfinden. Jetzt aber liegt der letzte Sproß der Obrenowitsch auf Anstiften des Prätendenten Peter Karageorgiewitsch, des nunmehrigen Königs von Serbien, ermordet im Konak zu Belgrad.

Die letzten hundert Jahre serbischer Geschichte seit der Befreiung von der türkischen Herrschaft bilden eine ununterbrochene Kette wütender Kämpfe der beiden Dynastien, die sich das Thrönchen des Landes streitig machten, der Karageorgiewitsch und der Obrenowitsch. Mord und Verfassungsbruch, vereinigt mit wahnwitziger Finanzmißwirtschaft und brutaler Gewaltpolitik, bilden die Mittel, die in diesem Vernichtungskampfe mit Vorliebe angewendet wurden.

Politische Uebersicht.

Ueber „Mittelstandspolitik“ schreibt die „Freihandels-Korrespondenz“ treffend:

Von Erhaltung des Mittelstandes sprechen Konservative und Agrarier in allen ihren Kundgebungen **während der Wahlbewegung**. Auch die „Wahlparole“ des Bundes der Landwirte enthält einige Abschnitte, in denen dem Mittelstand Schutz und Förderung versprochen wird, wenn er sich den Agrariern anschließt und mit ihnen zunächst für höhere Zölle auf alle landwirtschaftlichen Produkte stimmt. Wenn erst eine gerechte Wirtschaftspolitik begonnen, d. h. wenn erst die Landwirtschaft die von den agrarischen Wortführern verlangten **Zölle** erhalten hat, und wenn dann die deutsche Landwirtschaft wieder blüht und gedeiht, so wird sie auch die Lage des bürgerlichen **Mittelstandes** wieder verbessern und dem Bürgerstande die Zufriedenheit zurückgeben, „die ihm jetzt fehlt.“ Auch die Angehörigen der sog. liberalen Berufe, die Beamten und Lehrer, die ja meistens ebenfalls dem Mittelstande angehören, werden belehrt, daß ihr Wohl und Wehe mit der Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse durch höhere Getreidezölle innig zusammenhängt. Freilich muß sich der bürgerliche Mittelstand mit Versprechungen begnügen, während ängstlich vermieden wird, anzugeben, **durch welche Maßregeln** die Agrarier ihre Versprechungen verwirklichen wollen. In den Ausrufen der ersteren ist zwar von der „überlegenen Konkurrenz“ und den „Steuerprivilegien“ der Großbetriebe die Rede, aber es wird wohlweislich mit Stillschweigen übergangen, daß die **Offizier- und Beamtenvereine** mit ihren Warenhäusern und Steuerprivilegien durch Konservative begründet worden sind, daß zahlreiche **Führer der konservativen Partei** und des Bundes der Landwirte diesen Vereinen angehören, aus ihnen **alles beziehen**, was sie zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse nötig haben, und an den gewerblichen Mittelstand der nächsten Klein- oder Mittelstadt **nur dann** denken, wenn sie seine Stimmen bei der **Reichstags- oder Landtagswahl brauchen können**. Die großen Spezialgeschäfte würden sich nicht so entwickelt haben, wenn sie sich nicht auch der Kundschaft derer erfreuten, die überzeugungstreu ihre Namen unter Flugblätter und Aufrufe schreiben, in denen dem gewerblichen Mittelstande bewiesen wird, daß dieselben Geschäfte ihn ruinieren. Man frage, doch nur die Geschäftsinhaber in den Landstädten und in den Dörfern, was die Wortführer der Agrarier in ihrer Nachbarschaft bei ihnen kaufen. Wer selbst dem Grundsatze huldigt, daß er am besten da kauft, wo er die größte Auswahl hat, die schnellste Bedienung findet und die billigsten Preise zahlt, der sollte wenigstens Anstand nehmen, zu versichern, daß die Landwirte, wenn sie erst noch mehr zu verzehren hätten, die Lage des gewerblichen Mittelstandes zu verbessern sich angelegen sein lassen würden.

Wie verträgt sich ferner mit der agrarischen Mittelstandspolitik die Begründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften, die durch den Betrieb von **Bäckerei, Müllerei und Schlächterei** den mittleren und kleinen Gewerbestand lahmlegen, die durch die Errichtung von **Lagerhäusern** den doch auch dem Mittelstande angehörenden Händlern ihren Geschäftsbetrieb unmöglich machen? Auf all' diese Fragen bekommt man von denen, die sich mit ihrer Mittelstandspolitik, namentlich zur Zeit der Wahlen, brüsten, **keine Antwort**. Der gewerbliche Mittelstand erfährt durch Konservative und Agrarier niemals die geringste Förderung, er kann keine Vorteile, sondern nur Nachteile von der agrarischen Politik erwarten, und wenn er den Lockungen der Wortführer der Agrarier folgt, so darf er nur sich selbst anklagen, wenn er hinterher einsieht, daß es sich dabei nur um seine Stimmen bei der Wahl gehandelt hat.

Der Dickschnäuzige. Der „starke Mann“ der Konservativen, Herr v. Kröcher, der Präsident des Abgeordnetenhauses und Vertreter des Wahlkreises Salzwedel-Gardelegen im Reichstage, hat den Vorzug, daß er es bei seinen Reden nicht an Offenherzigkeit fehlen läßt. So auch bei seinen Wahlreden.

In einer Rede, die er am Mittwoch vor seinen Getreuen hielt, lobte er natürlich das Zolltarifgesetz, das er in erster Reihe mit zustande gebracht hat, brachte dann aber einige **besondere Liebenswürdigkeiten** gegen den Staatssekretär Grafen **Posadowsky** an.

Er erklärte u. a., er fasse dessen Stellungnahme gegen die Konservativen in mancher Beziehung als direkten „**Hohn gegen dieselben**“ auf, aber auch andere Aeußerungen Posadowskys seien als „**Hohn auf den Mittelstand**“ aufzufassen, und schließlich sähe er als „**Hohn gegen die Landwirtschaft**“ die Aeußerung eines württembergischen Ministers an, daß der Appetit der Agrarier beim Essen komme.

Wenn ein Staatssekretär sich so über den Mittelstand äußere, wie von Posadowsky es getan habe, dann sei es wirklich traurig; **derartige Aussprüche könne wohl ein Bebel und ein Singer machen, nicht aber ein Staatssekretär.**

Der Zorn gegen den Grafen Posadowsky rührt hauptsächlich von der schärferen Sicherung des **Wahlgeheimnisses** her, die Graf Posadowsky im Reichstage als ethische Pflicht bezeichnet hat. Herr v. Kröcher gab dann seinem Schmerz über die nationalliberale Gegenkandidatur in seinem Wahlkreise Ausdruck, die er geschmacklos, hart und unfreundlich nannte, nachdem Konservative und Nationalliberale sonst Schulter an Schulter gekämpft hätten.

Er komme allerdings doch glatt durch und sei dickschnäuzig genug, zu behaupten, daß er **mit großer Majorität** gewählt werde. Wenn er das nicht ganz bestimmt wüßte, dann hätte er an die nationalliberale Partei in Berlin geschrieben, an Sattler, Bassermann oder Paasche, und sie gebeten, die Kandidatur zurückzuziehen, da es doch Unsinn sei, die Stimmen zu zersplittern.

Wenn Herrn v. Kröcher seine „Dickschnäuzigkeit“ diesmal nur nicht täuscht. Die Berufung dieses Scharfmachers auf die Bundesbrüderschaft mit den Nationalliberalen dürfte letzteren jetzt doch etwas unbehaglich sein.

Die Wurmkrankheit. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht über die Durchführung der Maßregel, durch mikroskopische Untersuchungen die wurmbehafteten Personen des Oberbergamtsbezirk Dortmund zu ermitteln, aus der Arbeit auszuscheiden und der Abtreibungskur zu unterwerfen, folgendes:

Für insgesamt 52 von der Krankheit befallene Gruben wurden einmalige Untersuchungen der ganzen unterirdischen Belegschaften angeordnet, auf 29 von der Zechenverwaltung selbst, auf 23 durch Anordnung des Oberbergamts Dortmund. Die Untersuchungen erfolgen überall auf **Kosten der Werke** und müssen regelmäßig wiederholt und tunlichst beschleunigt werden. Wöchentlich sind mindestens 200 **Arbeiter** jeder Zeche zu untersuchen. Die Wurmbehafteten werden der **Abtreibungskur** unterworfen und der Arbeit unter Tage entzogen, bis sie wurmfrei sind, und werden nach ihrer Wiederanlegung mindestens dreimal in vier Wochen untersucht. Die **Anordnungen** enthalten auch besondere Vorschriften über Einrichtung, Reinigung und Desinfektion der Aborte unter Tage und verbieten die Berieselung mit Grubenwasser. Gleiche Maßregeln stehen für weitere Zechen in Aussicht. Zur richtigen Auswahl wird durch eine allgemeine Bergpolizeiverordnung für sämtliche Steinkohlengruben des Oberbergamtsbezirks Dortmund die **Untersuchung von 20 Prozent der unterirdischen Belegschaft** vorgeschrieben werden. Bei der Zeche „**Erin**“ ging von der ersten zur zweiten Durchmusterung die Zahl der Wurmträger von 79 auf 44, auf Zeche „Julia“ von 20 auf 15,67, 5 und 3,63 pCt. herab. Eine weitere **Polizeiverordnung** wird die Anlegung jedes Arbeiters zur unterirdischen Arbeit von dem **Nachweise** abhängig machen, daß **Wurmeier** bei ihm **nicht** gefunden werden. Dazu ist für eine genügende Anzahl zur Untersuchung Wurmkranker ausgebildeter Aerzte und Krankenhäuser gesorgt. Erkrankungen von Familienangehörigen Wurmkranker kommen nicht vor. Die **Kosten** der Bekämpfungsmaßregeln übernahm zunächst der allgemeine Knappschaftsverein in Bochum und bewilligte dazu 200 000 Mk., wovon 75 000 Mk. verausgabt sind. Die Kosten welche aus Maßnahmen für die einzelnen Gruben, insbesondere für Feststellung der Krankheit, erwachsen, tragen die **Zechenverwaltungen**.

In Oberschlesien wurden trotz wiederholter Untersuchungen seit 1900 keine, in den übrigen Oberbergamtsbezirken überhaupt keine Fälle der Wurmkrankheit bekannt.

Fränkel-Verbreitung auf Staatskosten? Auf einem Berliner Bahnhofe wurde am Mittwoch Nachmittag durch einen Bureaudiener die Fränkelbroschüre **an alle Eisenbahnbediensteten amtlich verteilt**. Jedes Exemplar trug bereits den Namen des Empfängers und alle mußten über den Empfang quittieren!

Frage: Bezahlt Herr Budde diese „Aufklärung“ aus seiner eigenen Tasche? Oder hat gar etwa der Zentralverband wieder 12 000 Mk. zur Verbreitung gestiftet wie einst in der Sünden-Maienblüte des Grafen Posadowsky?

Selbst wenn aber die Geldmittel auf **privatem Wege** beschafft sein sollten — und nicht aus den Taschen der Steuerzahler wie in Anhalt — kann es verantwortet werden, daß eine staatliche Behörde in dieser Weise ihre Arbeiter zu „belehren“ versucht? Allerdings ist gerade diese „Aufklärungsschrift“ nur geeignet, die Bahn-Proletarier zur Lektüre **sozialdemokratischer** Schriften anzureizen!

Zentrum und Sozialistengesetz. Die „Tremonia“ leugnete neulich ab, daß Zentrumsabgeordnete für die Einführung des schändlichen Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie gestimmt hätten. Demgegenüber stellen wir jetzt ziffernmäßig fest: Für das Sozialistengesetz haben gestimmt: 1878: 12 Zentrumsmitglieder (darunter Hertling und Ballestrem), 1884: 39, 1886: 27, 1888: 8. Die anderen Fraktionsgenossen **drückten sich zum Teil von den Abstimmungen**.

Es lebe die **Wahrheitsliebe** der Partei für — **Wahrheit, Freiheit und Recht!**

Reichstags-Wahlpost!

Die Kandidaten der national-sozialen Partei werden in der letzten Nummer der „Hilfe“ noch einmal publiziert. Wir ersehen daraus, daß folgende Wahlkreise mit national-sozialen Bewerbern besetzt sind:

Oldenburg I . . .	Pfarrer **Naumann**.
Marburg	**von Gerlach**.
Jena	**Damaschke**.
Lübeck	**Tischendörffer**.
Sangerhausen . .	Pastor **Kötzschke**.
Dithmarschen . . .	**Pohlmann**.
Plön-Oldenburg . .	**Busch**.
Oldenburg II . .	Dr. **Klumker**.

Dazu kommen Zählkandidaten in Dresden-Altstadt (Naumann) und Bentheim-Bingen (Gerlach). Auch sonst dürften in Deutschland vereinzelte Stimmen auf Naumann abgegeben werden.

In **Lübeck** kandidiert Tischendörfer **gegen sozialdemokratischen Besitzstand**, in Jena, Oldenburg I und II, Dithmarschen, Plön und Sangerhausen konkurrieren die Nationalsozialen mit den Sozialdemokraten und anderen Parteien ums Mandat, während unsere Partei in Marburg noch keine ausschlaggebende Bedeutung besitzt.

Wie die Nationalsozialen auf dem Posten sind, weist die Maiquittung der „Hilfe“ aus. In derselben wird über ca. 6000 Mk. Einnahme quittiert.

Am Dienstag wird sich's entscheiden, ob die Partei im neuen Reichstag eine Vertretung haben wird.

Die Antwort der Polen. Die Berliner Polen haben in einer **Versammlung** gegen den neulichen **Hirtenbrief des Kardinals Kopp** in einer scharfen Weise Protest erhoben und dabei unter anderem die Absicht ausgesprochen, bei den Berliner Kirchenwahlen noch in erhöhtem Maße auf die **Wahl von Polen** hinzuarbeiten.

Ansichtskarten im Wahlkampf. Ansichtskarten mit dem Bildnis des Kandidaten spielten schon bei den letzten Reichstagswahlen eine Rolle; jetzt geht man noch weiter. Es werden den Wählern nicht nur die Kandidaten der betreffenden Partei im Bilde, sondern auch, wie aus verschiedenen Wahlkreisen mitgeteilt wird, die Gegenkandidaten in Karrikaturen vorgeführt. In mehreren Fällen sollen diese wenig schmeichelhaften Bilder Witzblättern entlehnt sein. Auch an Spottversen unter dem gegnerischen Konterfei fehlt es nicht.

Der Judenbengel Bebel. Aus dem Wahlkreise Oberbarnim wird dem „Vorwärts“ über eine Versammlung geschrieben, in der ein Gutsbesitzer Z. aus B., Leutnant der Reserve, gesprochen hat. Es heißt in dem Briefe: „Schlechter wie dieser Herr die Sozialdemokratie schilderte, glaube ich, kann es wohl keiner, außer Pückler. Er gebrauchte nur immer das Wort: **diese Bande**; den Reichstagsabgeordneten **Bebel** beschimpfte er als **Judenbengel**. Die Ordnungspresse hat jetzt wieder Gelegenheit, über den rohen Ton der — Sozialdemokratie zu randalieren.

An die Gewehre! Der Vorstand des Vereins inaktiver Offiziere erläßt einen Aufruf, der den inaktiven Offizieren die Beteiligung an den Wahlen am 16. Juni als Pflicht besonders einschärft. Dieser Verein ist genau so „unpolitisch“, wie die Kriegervereine sind.

Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann? In Wanzleben erklärt der Vorstand der konservativen Partei in einer Flugschrift für den gemeinsamen nationalliberal-konservativ-agrarischen Kandidaten die Gefühle der Sozialdemokratie dahin: „**So ein bißchen Morden ist doch gar zu schön!**“ Ein Flugblatt des konservativen Vaterlands-Vereins, Berlin, das in mehreren Kreisen verbreitet wird, erklärt unter Berufung auf die Pariser Kommune, der Weg der Sozialdemokratie gehe über **Leichen, Raub, Mord, Brand, Zerstörung von Kunstwerken, zur Abschlachtung der bestehenden Gesellschaft.**

Das Flugblatt der Reichspartei für **Züllichau-Schwiebus** erklärt, die Parole von Bebel und Genossen laute: „Wir wollen leben und zwar gut leben, herrlich wohnen und auf Reisen stets zweiter Klasse fahren; **Ihr müßt uns geben und solltet Ihr darüber auch mit Frau und Kindern zu Grunde gehen.**“

Im Automobil. Der bisherige Reichstagsabgeordnete für Fritzlar, Homberg und Ziegenhain, **Liebermann v. Sonnenberg**, teilt in einem offenen Brief folgendes mit: „Ich werde, um es zu ermöglichen, meinen Freunden überall noch die Hand zu drücken, in den nächsten Tagen mit dem **Automobil** den Wahlkreis durchfahren und in den Dörfern **auf einige Minuten halten**. Wer gerade zu Hause ist, den bitte ich zu mir zu kommen.“ Hoffentlich fährt Herr von Liebermann dabei nicht gerade einige seiner besten Freunde zu Tode.

Ausland.

Der vierte österreichische Gewerkschaftskongreß begann am Montag den 9. Juni im Wiener Arbeiterheim seine Sitzungen. Erschienen sind 195 Delegierte, von denen 155 stimmberechtigt sind; diese vertreten insgesamt **88,212** Mitglieder. 40 der Delegierten haben nur beratende Stimme. Die **tschechischen** und die **ungarischen** Gewerkschaftsorganisationen sind durch Delegierte vertreten; die deutsche Generalkommission hat Döblin als ihren Vertreter entsandt. Von der österreichischen Parteileitung ist der Genosse **Victor Adler**, von der sozialistischen Fraktion des Abgeordnetenhauses Genosse **Pernerstorfer** anwesend. Nach den üblichen Begrüßungen gibt der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission Hueber noch einige mündliche Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Bericht der Kommission. Die Debatten des ersten

[illegible] werden ausgefüllt mit den Differenzen, die zwischen dem Verbande der Metallarbeiter und dem Reichsverein der Giessereiarbeiter schweben. Im Jahre 1896 wurde der Beschluß gefaßt, die bestehenden Verbände der Metallbranche in einem Industrieverband zu vereinigen. Dieser Verband besteht jetzt unter dem Namen „Oesterreichischer Metallarbeiterverband". Die Giessereiarbeiter haben sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse nicht gefügt und überall Sonderveeinigungen gegründet, bezw. einen Reichsverein der Giessereiarbeiter gebildet. Die Verhandlungen, bei denen die Gewerkschafts-Kommission die Vermittlerrolle gespielt, habe zu einer Verständigung nicht geführt, und so ist der Ausschluß der Giessereiarbeiterorganisation aus dem allgemeinen Gewerkschaftsbund erfolgt. Dieser Ausschluß wird vom Kongreß in namentlicher Abstimmung mit 77,139 gegen 8695 Stimmen gutgeheißen. Die Vertreter der Giessereiarbeiter erklären schließlich, zu neuen Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverbande bereit zu sein.

Partei-Angelegenheiten.

Genosse Hermann Keßler in Mannheim ist gestern Morgen im Alter von 40⅓ Jahren nach langem Leiden gestorben. Genosse Keßler hat von April 1891 bis August 1898 die „Volksstimme", oft allein, redigiert und dabei auch eine lange Reihe von Strafen, darunter schwere Gefängnisstrafen, erlitten. Später gründete er ein Witzblatt, „Bloomaul", das er bis zu seinem Tode mit viel Humor und Witz redigierte. Auch im Stadtverordneten-Kollegium vertrat er bis zu seinem Tode energisch die Arbeiterinteressen. Unser Mannheimer Parteiblatt widmete dem verstorbenen Genossen einen warmen Nachruf.

Arbeiterbewegung.

Die Aussperrung in Iserlohn ist beendet. Bis Freitag ist die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Leider können aber **nicht alle Arbeiter** sogleich wieder eingestellt werden, ein Teil von ihnen bleibt vorläufig ohne Beschäftigung. Dies bedeutet jedoch **keine** Maßregelung. Die Fabrikanten haben ihren Beschluß, keine organisierten Arbeiter einzustellen, **aufgehoben** und die Bildung von Arbeiterausschüssen beschlossen.

Der Abschluß des Konflikts ist ein derartiger, daß man von einer Niederlage der Arbeiter **nicht** reden kann. Forderungen haben sie ja nicht gestellt, der Kampf galt auf Seite der Arbeiter lediglich der **Erhaltung** des Koalitionsrechts, der Abwehr der gegen ihre Organisation gerichteten Angriffe der Fabrikanten, und diese Angriffe sind nach langem, energischem Kampfe **zurückgeschlagen**. Den Fabrikanten, wenigstens den kleineren, hat der erbitterte Kampf gewiß schwere Wunden geschlagen und sie werden froh sein, daß er endlich beendet ist, obgleich sie ihr Ziel nicht erreicht haben, denn die Organisation der Arbeiter ist nicht besiegt.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. Juni.

* **Parteigenossen**, welche am **Wahltage mitätig sein wollen**, werden gebeten, sich im **Wahlbureau: Gewerkschaftshaus**, Margarethenstr. 17, oder in der „**Volkswacht**", Neue Graupenstraße 5/6, zu melden. Die **Arbeitsversäumnis** wird selbstverständlich **entschädigt** werden.

* **Alle sozialdemokratischen Hilfspersonen für den Wahltag** versammeln sich am Montag Abend **7 Uhr** im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses, um Instruktionen entgegen zu nehmen. Keiner darf fehlen!

* **Ein Verzeichnis aller sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten Deutschlands** mit unseren Stimmenzahlen von 1898 in den einzelnen Wahlkreisen veröffentlichen wir in der **Montag-Nummer** unserer Zeitung. Unsere Leser können so die neuen Stimmenzahlen mit den alten bequem vergleichen.

20. Bezirk. Genossen, Freitag Abend 7 Uhr vom bekannten Lokal aus Flugblattverbreitung. Vollzähliges Erscheinen wünscht

Der Bezirksführer.

* **Die undankbaren Sozialdemokraten** spielen im gegenwärtigen Wahlkampfe eine ganz besondere Rolle. Die sozialdemokratische Agitation soll systematisch darauf ausgehen, die „Wohltaten" der Arbeiterversicherung herabzusetzen, sie als „Bettelsuppen" verächtlich zu machen. Natürlich ist das letztere gelogen, es fällt keinem Sozialdemokraten ein, die Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung Deutschlands als etwas Verächtliches oder Liederliches zu bezeichnen. Lächerlich und unverschämt ist nur das Gebahren der Gegner, die jene „Wohltaten" in den Himmel erheben und vom Arbeiter demütige Dankbarkeit für die gnädigen Geschenke verlangen, die ihnen angeblich von den Herren Arbeitgebern gemacht werden. Sehen wir doch einmal zu, wie die Dinge in Wahrheit liegen:

Auf dem jüngst abgehaltenen Internationalen Arbeiterversicherungs-Kongreß zu Düsseldorf wurde eine Denkschrift vorgelegt, die nicht bloß das Material einzelner Jahre behandelt, sondern eine Zusammenstellung für die gesamte Entschädigungsleistung in der Arbeiterversicherung vom Jahre 1885 bis 1900 gab. Nach dieser beträgt **die an die Rentner gezahlte Entschädigung für die 16 Jahre** 2,782,474,948 Mk., also reichlich 2¾ Mill. Mark. Das hört sich allerdings pompös an. Woher kam das Geld? Die **Arbeiter** haben **den größten Teil** aufgebracht, nämlich 1,337,324,599 Mk. Die **Unternehmer** brachten auf 1,264,525,977 Mk. Das **Reich** brachte auf 180,624,672 Mk. Die aus eigenen Mitteln der Arbeiter aufgebrachte Summe kann ihnen selbstverständlich nicht vorgehalten werden als Geschenk. Nicht viel anders steht es mit dem Beitrag des Reiches, das durch **indirekte Steuern** zuvor seinen Teil den Arbeitern abzwackte. Und die Beiträge der Unternehmer? Die erwähnte Denkschrift sagt darüber, es verursache „die Kranken- und Invalidenversicherung pro Tag etwa je **vier Pfennig**, die Unfallversicherung pro Tag zwei Pfennig, also zusammen zehn Pfennig Kosten, wovon aber der **Arbeitgeber** nur etwas über die Hälfte zu tragen hat." **Also fünf Pfennig ungefähr pro Tag und Arbeiter.**

Das also ist die **wirkliche amtlich festgestellte schwere Belastung der Arbeitgeber.** Zahlt denn nun aber der **Arbeitgeber** diesen Betrag wirklich **aus seinen Mitteln?** In 90 von 100 Fällen ist dies sicher nicht der Fall; denn die Ausgaben für Arbeiterversicherung werden von den Unternehmern gebucht wie die Arbeitslöhne, die Miete usw., als **Geschäftsunkosten**. Diese Kosten werden alsdann sicher in 90 von 100 Fällen **auf den Preis des Produkts geschlagen**, um auf die Schultern der Konsumenten abgewälzt zu werden. Im übrigen bildet der Arbeitgeberbeitrag zur Versicherung **einen Bestandteil des Lohnes**, den der Arbeiter rechtlich zu fordern hat. Diese Behauptung wird dadurch erhärtet, daß in unzähligen Fällen die Arbeitgeber kleine Lohnerhöhungen unter Hinweis auf die sie „so schwer drückenden" Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung **ablehnen**.

Und was erhielten dann während der 16 Jahre die Rentenempfänger **an durchschnittlicher Entschädigung?** Die Denkschrift giebt hier einen ähnlichen Betrag an wie der für das Jahr 1898 ausgerechnete, nämlich pro Fall und Jahr bei der **Unfallversicherung** 106 Mark, **bei der Invalidenversicherung** 142.04 Mark und **bei der Altersversicherung** 145.54 Mk. Diese Summen sind unstreitig **zum Sterben zu viel, zum Leben aber zu wenig.** Nun sollen die Arbeiter hierfür gar noch **Dankbarkeit** zollen. Das wäre denn doch des Guten zu viel, denn der Arbeiter hat ja seine Arbeitskraft, seine Gesundheit seinen Arbeitgebern lassen müssen.

* **Ein großpolnischer Nationalkongreß** wurde dieser Tage in Lemberg abgehalten. Es wurde eine Resolution angenommen, die folgendermaßen lautet:

„Der nationale polnische Kongreß, im Vertrauen auf die Unzerstörbarkeit der polnischen Nationaleinheit, drückt den Polen in Preußen und Rußland seinen Respekt und seine Bewunderung aus für ihre unerschütterliche Treue zu der nationalen Idee, trotz der schweren Bedrückungen und Leiden, welche sie erdulden müßten. Die Teilnehmer des Kongresses erklären sich bereit, bei jeder Gelegenheit ihre Landsleute in den beiden Nachbarländern zu unterstützen und versichern, daß sie in Galizien beständig an der Wiederaufrichtung der Einheit Polens arbeiten werden."

* **Eine beachtenswerte Warnung** an Reisende bringt die „Schlesische Zeitung" angesichts der Tatsache, daß in einer Woche in Schlesien vier Reisende beim Aufspringen auf in Bewegung befindlicher Eisenbahnzüge getötet wurden. Dem Blatte wird dazu geschrieben:

„Welche Mahnung liegt in diesen traurigen Tatsachen? Sie sollten eine **Warnung** für alle Reisenden sein, die bei verspätetem Eintreffen auf dem Bahnhof noch den Versuch zu machen beabsichtigen, auf den in Bewegung befindlichen Zug aufzuspringen. Die Organe der Bahnverwaltung werden aber durch diese Ereignisse dazu gedrängt werden, solche Versuche noch mehr als bisher zu verhindern suchen und die betreffenden Reisenden zur Bestrafung zur Anzeige zu bringen. Hierin kann aber auch der verständigere Teil des reisenden Publikums helfend mitwirken, indem es belehrend auf jene sich leichtsinnig in Gefahren begebenden Reisenden einspricht. Eine derartige Warnung wird zumeist eine ganz andere Wirkung erzielen als das Einschreiten der Beamten, das häufig in der Eile als hart und ungerechtfertigt ausgelegt wird. — Seit das **Oeffnen der Wagentüren** auch vom Wageninnern aus möglich ist, nimmt das **Aussteigen bevor der Zug vollständig hält**, immer mehr überhand. Auch dadurch sind schon zahlreiche Unfälle verursacht worden, indem die Aussteigenden zu Falle kamen. Wenn man berücksichtigt, daß das um ¼ bis ½ Minute zu frühe Aussteigen große Gefahren in sich schließt, kann man eine solche durch nichts zu rechtfertigende Uebereilung nicht begreifen. Auch hierin sollte das Publikum sich den bestehenden Bestimmungen fügen, dann würden manche üble Folgen vermieden werden. Das Sprichwort „Eile mit Weile" ist vielen Reisenden zu empfehlen."

Deutsch-Lissa. **Konservative Wählerversammlung.** Die am Dienstag im „Deutschen Hause" in Lissa stattgehabte konservative Versammlung war von ca. 400 Personen besucht, zum größten Teile Arbeiter. Eine Anzahl Wagen im Hofe des „Deutschen Hauses" zeigte, daß auch ein Häuflein „**Notleidender**" aus der Umgegend herbeigeeilt war. Diskussion gab es nicht. Die auf die brotverteuernden Agrarier erbitterten Arbeiter gaben dem Herrn Grafen Limburg Stirum in manchmal recht deutlicher Weise zu verstehen, wie sie über seine Ausführungen dachten. Der Referent verteidigte zunächst die Stellung der Konservativen zu den Getreidezöllen, sprach über Steuern, Militarismus u. s. w. in der bekannten Weise, um dann zur „Widerlegung" der Sozialdemokratie überzugehen. Diese „Widerlegung" bestand in den üblichen Vorwürfen. Neues brachte der Herr Graf darüber nicht vor. Als Kuriosum ist noch anzuführen, daß Graf Limburg behauptete, die preußischen Könige hätten die vierte Wagenklasse neben der Freizügigkeit eingeführt, daß die Arbeiter billig reisen könnten. Schon um 9 Uhr schloß der Leiter die Versammlung ziemlich hastig und forderte die anwesenden Arbeiter auf, das Lokal zu verlassen.

Ein brausendes Hoch auf die Sozialdemokratie war die Antwort. Langsam verließen die Arbeiter den Saal.

Schweidnitz. **Von dem Versammlungsrecht der Arbeiter.** Kaum hat Herr Gastwirt Pelz seine Lokalitäten der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt, so wird selbiger auch schon von allen Seiten mit „Aufmerksamkeiten" erfreut. Zuerst kam die Polizeiverwaltung, welche verlangte, daß neben der Gasbeleuchtung im Saal noch Lampen resp. Laternen zur Sicherheit angebracht werden müßten. Das Lokal besteht schon viele Jahre, aber erst jetzt verlangt die Polizei die Sicherheitslampen. Hoffentlich wird der neue Polizeiinspektor diese Forderung auch bei den anderen Saalinhabern stellen. Tags darauf wurde über das Etablissement der Militärboykott verhängt. Am 5. Juni erhielt Herr Pelz vom hiesigen Landwehr-Kameraden-Verein folgenden eingeschriebenen Brief zugesandt.

Herrn J. Pelz, Restaurateur, hier.

Laut Bekanntmachung in hiesigen Blättern und Plakaten haben Sie Ihr Lokal den Sozialdemokraten zu Versammlungen zur Verfügung gestellt und hierdurch den Bestrebungen der Sozialdemokratie Vorschub geleistet. Da Sie durch dieses Verhalten sich mit dem Zwecke des Vereins in Widerspruch gesetzt haben und entgegen den im Revers durch Namensunterschrift übernommenen Pflichten gehandelt haben, hat der Vorstand überschriebenen Vereins in der Sitzung vom 3. d. M. einstimmig beschlossen, Sie auf Grund des § 15c 4 des Vereinsstatuts aus dem Verein auszuschließen, wovon wir Sie hierdurch in Kenntnis setzen.

Der Vorstand des Landwehr-Kameraden-Verein Schweidnitz.

Heinrich Höntsch. Baehnisch.

Also weil Herr Pelz sein Gastwirtsgewerbe ausübt, weil er der Arbeiterschaft, auf deren Besuch er im Kleischkauer Viertel angewiesen ist, seinen Saal zu Versammlungen giebt, muß er aus dem Kameraden-Verein hinaus. Herrn Blumenfabrikanten Höntsch aber möchten wir einmal fragen, ob er beim Verkauf seiner Waren auch erst jeden Käufer fragt, ob dieser Sozialdemokrat oder „Patriot" ist? Jedenfalls tut er das nicht. Diese Chikanierungen müssen nun erst recht der Arbeiterschaft ein Ansporn sein, Herrn Pelz bei jeglicher Gelegenheit zu unterstützen.

Kuhnern, Kr. Striegau. **Rübeneinzeln** ist nach Ansicht der Junker für die Kinder weit nützlicher als der Schulbesuch. Mit Genehmigung der Königlichen Regierung zu Breslau durfte auf Veranlassung des Herrn Baron von Richthofen-Kuhnern in den Tagen von Sonnabend bis Mittwoch der Unterricht für diejenigen Kinder beider Schulen ausfallen, welche auf dem Dominium zum Rübeneinzeln verwendet wurden. Wenn auch die Kinder in der Schule nichts lernen, wenn sie sich nur beizeiten daran gewöhnen, für den Junker zu fronden, das ist für unsere notleidenden Junker die Hauptsache.

Sagau, 10. Juni. **Wähler-Versammlung.** Am Sonntag, den 7. Juni, fand nach vieler Mühe die erste Wähler[illegible] ... Genosse **Wilschke** [illegible] ... verhinderten Reichstagskandidaten [illegible] ... haften Beifall aufgenommenen [illegible] ... nächsten Reichstag zu erwarten."

Seidenberg, 10. Juni. **Eine Wählerversammlung** fand Mittwoch Abend 8 Uhr in „Stadt Wien" zu [illegible] statt. Genosse **Keller** sprach vor 130 Personen über die Lügen, mit denen die Gegner uns bekämpfen. Sein 1½stündiger Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Diskussion ging Genosse Ritter auf die letzten Flugblätter ein und forderte zur Wahl des Genossen Keller auf. Genosse Ritter dankte sodann den österreichischen Genossen für die Unterstützung, welche sie uns zur Wahlzeit gewährten.

Tiefenfurt, 10. Juni. **Wähler-Versammlung.** Montag, den 8. Juni, Abends 8 Uhr, fand in hiesiger Brauerei eine Wählerversammlung statt, welche von 300 Wählern besucht war, und in welcher der Reichstagskandidat H. Stolpe-Grünberg referierte. In seinem trefflichen Referat ging Redner scharf mit den bürgerlichen Parteien ins Gericht, geißelte in sarkastischen Worten die Haltung derselben und unterzog das jüngst erschienene Flugblatt des Freisinns einer gebührenden Abfertigung, welche einen nicht enden wollenden Beifall erzeugte. An der Hand von Tatsachen zeigte der Referent den Anwesenden trefflich, daß nur allein die Sozialdemokratie bestrebt ist, dem Volk zu seinen Rechten zu verhelfen, das Volk auch demnach nur dieser am 16. Juni seine Stimme geben kann. Der herzhafte Applaus, welcher dem Referenten folgte, giebt recht gute und freundliche Aussichten zu unserem Siege am 16. Juni. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung, welche einen dreistündigen Verlauf nahm, geschlossen.

Neueste Nachrichten.

Vom Attentat der Offiziere!

Budapest, 12. Juni. Das „Ungarische Korrespondenz-Bureau" meldet aus **Semlin** vom 11. d. M. über die Belgrader Vorfälle: Die **Verschwörer** hielten gestern Abend in einem Gartenlokal eine Beratung ab; unter ihnen waren auch aus Nisch eingetroffene Offiziere. Nachts 1½ Uhr zogen die Offiziere zum Konak. **Naumowitsch** öffnete den Hauseingang zu den königlichen Appartements. Vor dem Schlafzimmer des Königs forderte Naumowitsch denselben auf, **die Tür zu öffnen.** Der König gab eine **barsche Antwort.** Die Offiziere versuchten die Tür mit ihren **Säbeln zu sprengen** und **sprengten** sie schließlich mit **Dynamit.** Nach einer Version fand Naumowitsch bei dieser Explosion den Tod, nach einer anderen wurde er durch Petrowitsch erschossen. Gegen den König richteten die hereinstürzenden Offiziere zahlreiche Schüsse. **Der König und die Königin wurden alsdann vom Balkon auf den Hof geschleudert, wobei dem Könige die Schläfe zerschmettert wurde.** Der König starb erst um 4 Uhr Morgens. Advokat Schiwkowitsch fuhr später in einem Hofwagen durch die Straßen und hielt Reden an das Volk. Der Ministerpräsident Zinzar Markowitsch eilte auf die Schüsse aus seiner Wohnung auf die Straße. Soldaten umzingelten ihn. Er verteidigte sich mit einem Revolver und wurde dabei erschossen. Auch der Minister des Innern Theodorowitsch verteidigte sich, bevor er erschossen wurde. Die übrigen Minister wurden in Haft gesetzt und Nachmittags wieder freigelassen. Heute kehrten bereits zahlreiche Ausgewiesene nach Belgrad zurück.

Budapest, 11. Juni. „Budapesti Hirlap" berichtet aus **Belgrad** den Hergang des Attentats folgendermaßen: Eine Kompagnie Soldaten brach in den Konak ein und **ermordete die Insassen**, die aus ihren Betten auffuhren. An der Balkonseite scheinen die Angreifer großen Widerstand gefunden zu haben; Vorhänge sind dort herabgerissen, die **Fensterscheiben zerbrochen**; wahrscheinlich wollten die Ueberfallenen von hier aus flüchten. In dem kleinen Garten vor den Fenstern des Konaks liegen Handschuhe, Militärmützen und Kleiderstücke in Fetzen zerstreut. Vor dem Konak sind jetzt zwei Kanonen aufgepflanzt. Das Militär vor dem Konak wird mit **Wein**, der aus Fässern verzapft wird, reichlich bewirtet. Im Ministerpalais findet eine Beratung statt.

Belgrad, 11. Juni. Wie amtlich festgestellt, sind in der letzten Nacht noch ermordet worden: Die Brüder Dragas Nikola und Nikodem Lunjewitza, der Ministerpräsident Zinzar Markowitsch, der Kriegsminister Pawlowitsch, der General-Adjutant Petrowitsch, der zweite Adjutant Oberst Naumowitsch, der Ordonnanzoffizier, Artilleriehauptmann Millkowitsch und Leutnant Gazowitsch. Schwer verwundet wurde der frühere Minister des Innern Theodorowitsch und der Kommandeur der Donaudivision Nikolitsch. Das Ereignis wurde Nachts 2 Uhr von einer Anzahl Offizieren unter Zuhilfenahme von 2 Truppenabteilungen ausgeführt und von der Armee ruhig aufgenommen.

Heute kehrten bereits zahlreiche **Ausgewiesene nach Belgrad** zurück. Die **Zeitungen billigen** die Ereignisse. Die **radikalen Blätter beschimpfen das Königspaar** gröblich und führen an, der König behandelte die Offiziere geringschätzig. Er habe die Kriegsschule nach Schabatz verlegen wollen. Hauptursache der Verschwörung waren jedoch die letzten skandalösen Wahlen. (?) Einzelne Blätter sprachen von der **Republik**. Die meisten Blätter wünschen die **Rückkehr der Karageorgiewitsch.**

Berlin, 12. Juni. Die Blätter berichten aus Belgrad:

König Alexander erhielt sofort einen **tötlichen** Schuß in die Kehle. Seine letzten Worte waren: „**Soldaten! Ihr habt mich verraten!**" **Die Leiche Dragas ist fast zerfleischt.** Der Hofmarschall Nikolajewitsch rettete sich durch Flucht in die österreichische Gesandtschaft. In das Geheimnis waren **150 Offiziere** eingeweiht. Die in Neusatz erscheinende „Zastava" hatte bereits vor 14 Tagen alle Ereignisse der heutigen Nacht vorausgesagt und angekündigt, der Jahrestag der Vertreibung der Dynastie Karageorgewitsch werde der Tag der Rache sein. Nach weiteren Mitteilungen saß das Königspaar mit den Geschwistern der Königin und den Adjutanten Petrowitsch und Naumowitsch bis 12½ Uhr Nachts beim **Nachtmahl**. Sie zogen sich dann in ihr Schlafgemach zurück. Eine Stunde später drangen die Verschwörer ein.

Aus aller Welt.

Den Ausverkäufen widmet die **Berliner Polizeibehörde** ihre besondere Aufmerksamkeit. Sie läßt auf Grund der Bestimmungen über **unlauteren Wettbewerb** alle irreleitenden **Plakate entfernen** oder derartig ändern, daß sie nicht zur Irreführung des Publikums führen können. Ein Porzellanwarengeschäft im Zentrum der Stadt, das schon seit längerer Zeit einen „großen Ausverkauf" unterhielt, hat das „Aus" entfernen müssen und betreibt jetzt nur noch laut Ankündigung einen „großen — verkauf". Ein Partiewarengeschäft, das durch Riesenplakate den Verkauf der aus der M.'schen Konkursmasse stammenden Waren bekannt gab, mußte die Inschrift mit „sowie andere Waren" ergänzen. In einem anderen Falle wurde ein Plakat „Ausverkauf letzte Woche" das über 14 Tage im Schaufenster prangte, beseitigt.

Eine schlimme Fahrt im Unterseeboot. Vor einigen Tagen wurde in Pariser Blättern ein Fall besprochen, daß in Cherbourg bei der Uebungsfahrt eines Unterseeboots ein Matrose bald erstickt war. Im „Royal Magazine" berichtet nun Henry Navarr über eine Fahrt in einem der englischen Unterseeboote, mit denen gegenwärtig Versuche angestellt werden. Darin erzählt er folgendes: „Die Hitze wird anormal, aber wir fahren den Befehlen gemäß weiter; es scheint uns, als ob wir mit jeder Minute mehr Hitze fühlen, und eine Empfindung, als müßten wir ersticken, bemächtigt sich unser aller. Wir fragen uns, wie wir es noch länger aushalten können und ob wir das Experiment zu Ende führen werden. Wir vergessen fast, nachzuforschen, ob der gespenstige Anblick der Gesichter, die wir vor uns sehen, von dem weißen Blitz der Elektrizität kommt, oder ob er von dem Gefühl der Erstickung [illegible] ..., das wir haben. Wir fahren und

ohren, verlieren dabei den Begriff der Zeit, fühlen, wie unsere Köpfe anschwellen und unsere Augen trübe werden. Plötzlich wird ein Mann von der Besatzung von heftigen Uebelkeiten befallen, und wir sehen einander prüfend an. Wir haben noch genug Energie, uns vorzustellen, welches unser Geschick sein würde, wenn die Maschinisten krank würden; unsere Ohren sausen, unsere Atmung wird immer mühsamer, und wir stellen fest, daß die Temperatur mehr als 49 Grad Celsius beträgt. Wir brauchen dringend frische Luft. Wir beginnen eine unbeschreibliche Müdigkeit zu empfinden, und plötzlich fällt einer von uns schwer, leblos zu Boden, und augenblicklich tritt ein Gefühl der Panik ein, soweit dies in einer gut disziplinierten Mannschaft aufkommen kann. Der Leutnant ist bereit zu handeln, wie die Umstände es erfordern; auf der Stelle läßt er das Boot wieder zur Oberfläche emporsteigen. Um die Wahrheit zu sagen, keiner von uns kommt zu früh an die Oberfläche, denn während wir hinaufsteigen — und dies war nur eine Sache von Sekunden —, gab noch ein zweiter Mann Anzeichen von Ohnmacht und jeder hatte die schlimmste Erfahrung zu fürchten. Das Mannloch wurde eiligst geöffnet, um frische Luft zu bekommen, aber die Wirkung ihres plötzlichen Eindringens war so merkwürdig, daß unsere Atemnot und unsere Uebelkeit dadurch zunächst nur vermehrt wurde. In zwei oder drei Minuten verschwand jedoch dieses alles, und der größere Teil von uns begann wieder ein wenig aufzuleben. Als wir den Chronometer prüften, stellten wir fest, daß wir zwei Stunden fünfundvierzig Minuten unter dem Wasser geblieben waren. Wir fuhren nun so schnell wie möglich zu unserem Ausgangspunkt zurück, aber einer von uns mußte bei der Landung noch getragen werden und er erlangte erst einige Zeit später wieder die volle Herrschaft über seine Sinne".

Eine mißglückte Unterredung mit einem Gorilla. Als vor einiger Zeit Garner sein Buch über die Sprache der Affen veröffentlichte, da staunte die ganze Welt, als ob es sich hier um ganz neue, ungeahnte Dinge handle. In Wirklichkeit haben schon vor ihm zahlreiche Naturforscher, namentlich deutsche, festgestellt, daß auch die Tiere verschiedene Laute besitzen, um sich untereinander verständlich zu machen. Jeder, der sich auch nur einigermaßen mit unseren Haustieren beschäftigt hat, wird dies ohne weiteres bestätigen. Garner hat also an sich nichts neues entdeckt; sein unbestreitbares Verdienst besteht aber darin, daß er bei der Unterhaltung mit den Affen das Mikrophon verwendet hat. Dadurch hat er unwiderleglich dargetan, daß die Affen in Wirklichkeit die Töne verstehen und sich nicht etwa, wie die Zweifler bisher annahmen, nach dem Mienenspiel des Menschen richteten. Der ausgezeichnete deutsche Zoologe Johann v. Fischer hat sich schon vor Jahrzehnten eingehend mit der Sprache der Affen beschäftigt. Als im Jahre 1877 im Berliner Aquarium ein junger Gorilla namens M' Pungu erworben war, eilte er nach der Reichshauptstadt, um seine Kenntnisse der Affensprache bei dem Neuling zu erproben. Doch, wie grausam sollte der Gelehrte enttäuscht werden! Schon die Einleitung ließ sich recht ungemütlich an, indem der Affe ihn wiederholentlich in die Waden biß und seinen neuen Anzug arg beschädigte. Und obgleich Fischer alle seine Erfahrungen im Verkehr mit Tieren und seine ganze Kenntnis der verschiedenen Affensprachen und Dialekte nebst zugehörigem Mienenspiel aufbot, um M'Pungu zur Unterhaltung zu bringen, erreichte er doch nichts, als daß der Gorilla ihm schließlich grinsend eine Ohrfeige gab und ihn in die Nase biß. Das war die ganze Antwort des Gorillas. Fischer läßt sich nicht darüber aus, weshalb er wohl von dem Affen nicht verstanden worden ist. Der Mißerfolg ist aber wohl ohne Schwierigkeit zu erklären. Eine Sprache bildet sich doch sicherlich nur bei Tieren, die in Herden zu leben pflegen; auch die meisten Affen leben in Herden, brauchen also Laute, um sich gegenseitig zu warnen, zu einer gemeinsamen Leistung anzuspornen usw. Aber der Gorilla lebt nicht herdenweise. Die Angaben verschiedener Forscher stimmen hierüber überein. Das Alleinleben des Gorillas steht also unbestritten fest. Es ist nun ganz naturgemäß, daß sich bei alleinlebenden Tieren keine Sprache entwickeln kann. Wozu soll er verschiedene Laute haben, da er sie doch nicht verwerten kann? Hätte Fischer dies bedacht, dann wäre ihm das mangelnde Verständnis von M' Pungu ganz natürlich vorgekommen. Die Ohrfeige und der Nasenbiß, die ihm M' Pungu verabreichte, bedeuteten nichts anderes als: Kan nit verstan!

Freie Liebe. In allen patriotischen Wahlflugblättern kann man jetzt wieder ausführlich lesen, die Sozialdemokratie „beabsichtige" die christliche Ehe aufzuheben und die freie Liebe einzuführen.

In Berlin ist dieser Tage der Major Reisch von einer ehemaligen Geliebten, die er abgehalftert hatte, erstochen worden.

Man hätte nun in der vaterländisch, christlich und germanischen Presse Bußpredigten über die freie und noch dazu brutale Liebe von Männern erwarten sollen, die sogar den vornehmsten Rock getragen, ganz fromme Blätter hätten vielleicht auch in der Tat die Buße für die schwere Sünde sehen sollen. Nichts von dem. Man malte lieber das vor Eifersucht wahnsinnig gewordene Weib als ein verruchtes Scheusal. Offenbar folgte diese sittliche Presse ganz naiv ihrem dunklen Instinkte, daß die freie Liebe von Majoren und sonstigen staatserhaltenden Persönlichkeiten vor so lebensgefährlichen Konsequenzen geschützt werden müsse. Hier und da erhob sich ein feuilletonistisches Mitleid für die Mörderin aus Liebe. Solche Gefühlsduselei wurde einem Humoristen des „Tag" zu toll und er scherzte grimmig:

„Du lieber Himmel, wollten alle entlassenen Wirtschafterinnen, die, mit dem „Tageblatt" zu reden, „begründete Eifersucht" hegen, ihre Rechte solcherweise geltend machen, das Tiergarten-Viertel wäre mit Leichen übersät, und die Polizei müßte vor der Börse die Mörderinnenansammlung zerstreuen, um die Straßen für den Verkehr freizuhalten."

Der Mann muß es wissen. Es scheint danach, als ob die Sozialdemokratie verdammt wenig Ehen zu zerstören übrig behalten wird; und die freie Liebe wird sie auch niemandem mehr lehren können.

Litteratur.

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Künste. Herausgeber Ferdinand Avenarius. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteljährlich 3 Mk., das einzelne Heft 60 Pfg.)

Inhalt des ersten Juniheftes: Gartenmusik. Von Otto Bernhard. — Die Illusion in der Kunst. (Schluß). Von K. O. Erdmann. — Ueber staatliche Bauten. Von Beatus Procul. — Lose Blätter: Die Bedeutung großer Menschen. Von Ralph Waldo Emerson. — Rundschau u. a.: Eine Reihe kurzer Geschichten. Wie's gemacht wird. (E. Werner). Eisenberg's „Deutsche Bühne 19. Jahrhundert". Wie's gemacht wird. (Maeterlincks Impresario). Berliner Wagner-Denkmals-Wirtschaft. Aphorismen über Musik. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Die Turiner Ausstellung. „Droben im Niederland". Zur Drahtkultur. 4. — Notenbeilagen: Johann Friedrich Reichardt, Jägers Abendlied; Lied der Nacht; Klärchens Lied aus „Egmont". — Bilderbeilagen: Peter Philippi, Kaffeebesuch; Kaspar David Friedrich, zwei Landschaften; zwei Abbildungen: Dresdner Spielzeug.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Hausdiener Heinrich Heinze, ev., Wassergasse 7, und Ernestine Rosdelsky, evang., Ohlauer-Stadtgraben 29. — Schlosser Robert Reimcke, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 80, und Agnes Mathilde Bertha Grosser, ev., Schmiedegasse 30. — Arbeiter Karl Achtert, ev., Allenstraße 62, und Anna Klimpke, ev., ebendas. — Maurer Paul Wengler, evang., Langegasse 3, und Auguste Liebner, ev., Simmenau. — Kellner Bruno Schnitzer, ev., Kleine Groschengasse 35, und Ida Gramsch, ev., Neudorfstraße 48.

Eheschließungen. I. Maurer Wilhelm Plätzsch, ev., Posenerstraße 9, mit Anna Wollweber, ev., ebendas. — Kutscher Reinhold Burkert, ev., Viktoriastraße 81, mit Margarethe Romig, ev., Altbüßerstraße 18. — Schiffsbauer Karl Kruck, ev., Pöpelwitzstraße 67, mit Margarethe Christoph, ev., ebenda.

Geburten. I. Metalldrücker Karl Asch, ev., S. — Schuhmacher Reinhold Thau, kath., S. — Klempner August Nawroth, kath., S. — Begleitsmann Wilhelm Milde, ev., S. — Schmied Paul Wießner, kath., S. — Klempner Adolf Klose, ev., S. — Monteur Johannes Kruz, kath., T. — Arbeiter Friedrich Schreiber, ev., S. — Komptoirdiener Robert Kanzok, ref., S. — Tischler Robert Vogel, ev., S. — Böttchergeselle Richard Seidel, ev., T. — Arbeiter Max Gäbel, altluth., S. — Kutscher Ernst Bunzeck, ev., S. — Arbeiter Heinrich Finger, kath., T. — Maschinenschlosser Richard Bienert, kath., T. — Färbergeselle Fridolin Bode, kath., T. — Haushälter Alfred Walter, ev., T. — Arbeiter Eduard Hartmann, ev., S. — Arbeiter August Michalke, kath., T. — Haushälter Josef Suro, kath., T. — Schuhmacher Paul Barth, kath., S. — Portier Karl Heinzelmann, ev.-luth., T. — Eisendreher Eugen Böhm, kath., T. — Kutscher Hermann Schindel, ev., T. — Maschinenschlossergeselle Rudolf Schaumburg, ev., S. — Straßenbahnwärter Karl Sorge, ev., S. — Maurergeselle Paul Herrmann, kath., S. — Gelbgießer August Nitsche, kath., T. — Schlossergeselle Max Morawe, ev., S. — Haushälter Wilhelm Minch, ev., T. — Kellner Franz Riedel, kath., T. — Hutmacher Max Grosser, ev., T.

Todesfälle. I. Schuhmachermeister Wilhelm Kügler, 52 J. — Arthur, S. des Schmiedegesellen Josef Selzer, 14 Mon. — Frieda, T. des Schuhmachers Josef Webersinn, 8 T. — Martha, T. des Arbeiters August Manganitz, 9 J. — Arbeiterin Margarethe Neumann, 28 J. — Arthur, S. des Eisendrehers Karl Koch, 6 M. — Arbeiter Josef Hatscher, 50 J. — Maria, T. des Schlossers Karl Babucke, 10 Woch. — Paul, S. des Arbeiters Friedrich Wiegmann, 6 Wochen. — Helene, T. des Klempners August Kilch, 4 Mon. — II. Werkführersfrau Pauline Herzog, geb. Stiftel, 75 J. — Maurerswitwe Elisabeth Scheibler, geb. Wolf, 49 J. — Emma, T. des Kutschers Robert Iwanowsky, 5 J. — Gertrud, T. des Schuhmachers Karl Hahn, 7 Mon. — Schlossergeselle Karl Nitsche, 33 J. — Hildegard, T. des Packmeisters v. Kegler, 4 Mon. — Martha, T. des Knopfarbeiters Paul Jandke, 1 Mon. — Else, T. des Steinmetz Albert Kleiner, 2 Mon. — Schneidergesellenfrau Minna Benesch, geb. Weigelt, 46 J. — Willy, S. des Schmiedegesellen Franz Kowalski, 6 Mon. — Rudolf, S. des Lithographen Hermann Aßmann, 4 Mon.

Quittung.

Zum Wahlfonds Breslau-Land gingen ein: Wersin 1.95 Mk., 4 rote Brüder aus Maria-Höfchen 1 Mk., Icke durch Kolenda 3 Mk.

Lobe-Theater.
Freitag 8 Uhr:
„Die Rotbrücke."
Sonnabend, 8 Uhr:
„Die Rotbrücke."
Ermäßigte Preise. Parkett 2 Mk. rc.

Neues Sommer-Theater.
Freitag, den 12. Juni 1903:
„Alt-Heidelberg."
Schauspiel in 5 Akten von W. Meyer-Förster.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, den 13. Juni 1903:
Zum ersten Male:
„Los vom Manne."
Schwank in 3 Akten von W. Jacoby und A. Lippschitz.

Dominikaner.
Täglich
Orig.-Leipziger
Dir.: Paul Belzer.
Anfang 7½ Uhr. Entree 10 Pf.
Alle 3 Tage vollst. neues Programm.

„Die Wahl"
und neuesten Formen in **Stroh- u. Filzhüten, Herren-, Knaben- u. Sportmützen** ist nur bei mir großartig und fabelhaft billig.
F. PAUL
Friedrich-Wilhelmstr. 9
am kleinen Markt. 921

Beachtet dies!!
Kleine Angebot.
Sie verdanken den besten Einkauf in:
Möbel, Polsterwaren, Spiegel, Bilder, Uhren, Musikwerke, Herrengard., Kleiderstoffe, Haus-, Tisch- und Bettwäsche, Gardinen, Portieren, Teppiche, Läuferstoffe, Tisch-, Bett- und Steppdecken,
eleg. Kinderwagen
und viele andere Artikel gegen
Teilzahlung
und kleine Ratenzahlung
Pinkus Hübner,
812 **Ottostraße 29, I.**

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
Der Tischlerstreik in **Posen** dauert unverändert fort. Zuzug von **Bau-** und **Möbeltischlern** sowie auch **Maschinenarbeitern** ist nach wie vor auf das **strengste** fernzuhalten. 661

Großes Lager fertiger
Herren- und Knaben-Garderobe, sowie 688
Anfertigung nach Maß zu sehr **billigen** Preisen.
Spezialität:
Arbeitshosen, blaue Maschinisten-Anzüge, Jacken u. Hosen.
Gustav Knauerhase,
Inh.: **Oskar Dehmel,**
Neumarkt 45, part. u. I. Etg.

Röst-Kaffee
in vorzüglicher Qualität
à Pfd. 0.80, 1.—, 1.20, 1.40, 1.60

Getreide-Kaffee	à Pfd. 12 Pf.
Weißer Farin	à Pfd. 29 Pf.
Weizenmehl 00	à Pfd. 12 Pf.
Kaiser-Auszug-Mehl	à Pfd. 16 Pf.
Himbeersaft	à Pfd. 37 Pf.
Brennspiritus	Ltr. 29 Pf.
Festes Petroleum	Ltr. 16 Pf.
Soda	5 Pfd. 18 Pf.

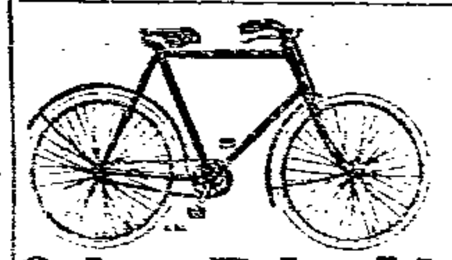
empfiehlt zu stets billigsten Preisen
Berthold Busch
Klosterstrasse No. 123
Ecke Königgräherstraße.

Gewerkschaftshaus
Margarethenstraße 17.
Sonnabend, den 13. Juni 1903:
11. Stiftungsfest
verbunden mit
Sommernachts-Ball
veranstaltet vom
M.-G.-V. Breslauer Zimmerer, genannt Liedertafel.
Freunde und Gönner des Vereins ladet freundlichst ein
933 **Der Vorstand.**

Kein offener Laden. Kein offener Laden.
!Achtung!
Nur **direkt** in meiner **Herren- und Knabenkleider-Fabrik** mit eigener Betriebswerkstatt
Reuschestr. 47|48 im **Fabrikgebäude 1. und 2. Etage**
befindet sich der
Einzelverkauf
von nur aus **guten Stoffen verarbeiteten Herren- und Knabengarderoben zu sehr billigen Fabrikpreisen.** Auch Maßbestellungen unter Garantie schnell und sauber.
Achten Sie, bitte, auf die Hausnummer und lassen Sie sich nicht irreleiten. 9-2
!!Kein offener Laden!!
Nur 47/48 Reuschestraße 47/48 in der Fabrik.
Robert Lippmann,
Fabrik mit eigener Werkstatt von Herren- u. Knabengarderobe
im Fabrikgebäude 1. und 2. Etage in der Einzelverkauf.

Wir empfehlen:
Winke für die Reichstagswahlen.
Ein unentbehrlicher Ratgeber für alle bei der Agitation und der Organisation des Wahlkampfes beteiligten Parteigenossen.
Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch die
Expedition und Kolporteure.

Große Feuerversicherung
sucht gegen **höchste Bezüge**
Acquisiteure, Agenten und Gelegenheitsvermittler
in Breslau und in der Provinz. Für Breslau genügt event. bloßer Nachweis, die Aufnahme besorgt die Gesellschaft.
Offerten unter **F. V.** an die Exped. d. Ztg. 811


Versandhaus
für
Orkan-Fahrräder
und Zubehörteile.

Orkan-Fahrräder mit 1 Jahr Garantie **Mk. 75.00**

Laufmäntel	4.25	Luftschläuche	2.70
do. mit 1 Jahr Gar.	5.—	do. mit Gar.	2.90
Prima do. „ 1 „ „	6.75	Prima do. 1 Jahr Gar.	3.75
Blockketten	1.90	Patentbrenner	0.25
Acetylen-Laternen	2.10	Morrow-Freilauf-Nabe	18.75
Oel-Laternen	0.95	Sättel	2.25

Man verlange ausführlichen Katalog gratis und franko.
Bernh. Wedler, Breslau,
Gr. Groschengasse 14. 626

Empfehle meiner werten Kundschaft für **Mädchen u. Knaben**

Knopf-, Schnür- und Zugstiefeln
selbstgefertigte Ware, zu ganz **soliden Preisen, billiger wie jede Konkurrenz,** sowie
Herren- und Damen-Gamaschen
in jeder Größe vorrätig. 505
H. Christmann,
Nr. 37. Scheitniger-Straße Nr. 37.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

Telegramm.
Soeben eingetroffen: 636
Schuss-Zigarren.

Ferres-Adelfa	10 Stück 45 Pf.
Sumatra-Offerta	10 Stück 50 Pf.
Mexico-Siela	10 Stück 50 Pf.
Sumatra Havanna Rembrand	10 Stück 55 Pf.

Schwarzer Dreier, Wallstrasse, Ecke Antonienstr.
Geöffnet früh 5 Uhr.

Wahlpostkarten:
„Das freie Wahlrecht ist das Zeichen"
und **„So muss es kommen"**
Preis per Stück 5 Pfg.
empfiehlt
die Expedition dieser Zeitung.

Rote Wahlen!
1903.
Illustrierte farbige Wahlzeitung
per Stück **10 Pfg.**
empfiehlt die
Expedition dieser Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: **Paul Löbe;** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5a; — Verlag von **Oskar Schütz** — Druck von **Th. Schatzky** Aktiengesellschaft in Breslau. — Ausgabestelle: Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Beilage zu Nr. 134 der „Volkswacht.“

Freitag, den 12. Juni 1903.

Arbeiter! Unterbeamte! Kleinbauern! Am 16. Juni ist das Wahlgeheimnis im Gegensatz zu früher

☛ absolut gesichert. ☚

Es ist, sofern nicht die größten Ungesetzlichkeiten vorkommen, die zur Ungiltigkeit der Wahl führen werden,

keinerlei Kontrolle mehr möglich.

Weder Beauftragte der Unternehmer, noch höhere Beamte und sonstige „Vorgesetzte“ können es jetzt erfahren, wie Ihr stimmt. Niemand mehr kann Euch Eurer Abstimmung wegen wirtschaftliche Nachteile zufügen. Es giebt also für keinen mehr eine Entschuldigung, wenn er einem arbeiterfeindlichen Kandidaten seine Stimme giebt oder nicht zur Wahl geht. Das müßt Ihr allen Euren Bekannten klar machen. Es kann und muß daher jeder Arbeiter, jeder kleine Handwerker und Kaufmann, jeder kleine Bauer, jeder kleine Beamte am 16. Juni seine Stimme abgeben für die

Kandidaten der Sozialdemokratie!

Am 16. Juni wird gewählt!

Die Wahl beginnt um **10 Uhr** Vormittags und dauert bis **7 Uhr** Abends. Wer um 7 Uhr noch nicht abgestimmt hat, darf überhaupt nicht wählen, auch wenn er vorher schon im Wahllokal war. Wer es irgendwie ermöglichen kann, gehe **schon** Vormittags zur Wahl. Abends ist erfahrungsgemäß der Andrang zum Wahllokal sehr stark. Wer deshalb sein Wahlrecht nicht durch Bummelei verlieren will, geht bei Zeiten zur Wahl.

Es empfiehlt sich für jeden Wähler, eine Legitimation einzustecken (Einwohnerschein, Steuerquittung oder Mietsvertrag).

Stimmzettel mit dem Namen des sozialdemokratischen Kandidaten sind zwar an jedem Wahllokale zu haben, der vorsichtige Wähler nimmt aber seinen Stimmzettel schon von zu Hause mit.

Der Stimmzettel muß von weißem, mittelstarkem Schreibpapier sein, darf keinerlei Kennzeichen tragen und nichts weiter enthalten, wie die genaue Bezeichnung des Kandidaten. Der Stimmzettel muß ungefähr 9 zu 12 Zentimeter groß sein.

Man kann sich seinen Stimmzettel selber schreiben. Giltig sind auch Stimmzettel, auf denen ein Name durchgestrichen und ein anderer darunter geschrieben ist.

Der Kandidat muß aber so genau bezeichnet sein, daß jeder Zweifel über seine Person ausgeschlossen ist. Es genügt also z. B. nicht „Schütz“, sondern man muß schreiben: Stadtv. Oskar Schütz in Breslau.

Das Wahlgeheimnis ist durch das neue Wahlverfahren vollständig gesichert. Niemand braucht mehr zu fürchten, daß seine Abstimmung kontrolliert werden kann. Es wird nicht mehr der bloße Stimmzettel abgegeben; dieser muß vielmehr in ein Couvert gesteckt werden. Das Couvert, das amtlich abgestempelt sein muß, erhält der Wähler erst im Wahllokale von einem Beauftragten des Wahlvorstehers. Jedes andere Couvert ist unzulässig. **Den Stimmzettel muß der Wähler aber schon von draußen mitbringen.** Mit dem Couvert begiebt sich der Wähler in den Nebenraum oder an den Nebentisch, wo eine Vorrichtung angebracht ist (Vorhang oder Aufbau oder eine abgeschlossene Wahlzelle) und dort muß er seinen Zettel (aber nur einen!), geschützt vor jeder Beobachtung, in das Couvert stecken. Dann erst kann er abstimmen, indem er das den Stimmzettel enthaltende Couvert dem Wahlvorsteher übergiebt. Jede andere Art der Abstimmung ist gesetzlich verboten. Die Couverts sind vollständig undurchsichtig, sodaß es von außen auf keine Weise zu bemerken ist, welcher Zettel in dem Couvert steckt.

Es hat daher jetzt kein Wähler mehr die Entschuldigung, daß er aus Furcht vor Schaden nicht sozialdemokratisch wählen kann. Furchtlos kann jeder Wähler den sozialdemokratischen Zettel abgeben.

Wähler, die aus irgend einem Grunde von der Wahl zurückgewiesen werden, wollen sich sofort bei dem sozialdemokratischen Wahlkontrolleur melden, der die Zurückweisung notieren wird.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. Juni 1903.

* **Gehüpft wie gesprungen!** Manche konservative Leute im Breslauer Landkreise wollen von ihrem Kandidaten, dem Grafen v. Limburg-Stirum garnichts wissen. Im „Anzeiger für Neumarkt, Canth, Lissa, Kostenblut“ vom 10. Juni cr. befindet sich folgendes Inserat:

„Diejenigen Neumarkter Bürger, welche weder sozialistisch noch freisinnig wählen wollen, aber auch nicht mehr im Stande sind, dem Herrn Grafen Limburg-Stirum vertrauend ihre Stimme zu geben, werden ersucht, ihre Stimmzettel für Herrn Graf von Carmer-Zieserwitz abzugeben. Mehrere konservative Wähler.“

Was den Leutchen damit geholfen ist, wenn sie statt des reaktionären Agrariers Limburg-Stirum den reaktionären Agrarier Carmer wählen, wissen wir nicht. Aber bezeichnend für das „Vertrauen“, das der bisherige Abgeordnete Graf Limburg-Stirum bei seinen eigenen Anhängern genießt, ist das Inserat immerhin.

* **Aus dem Wahlkreise Waldenburg** wird uns geschrieben: Die Wahlbewegung treibt hier sonderbare Blüten. Von den „gemäßigten Parteien“ — so nennen sich hier die Konservativen, wahrscheinlich um die ihnen eigene Unbotmäßigkeit zu entdecken — ist wiederum der Generalbevollmächtigte des Fürsten von Pleß, Geheimer Regierungsrat Justizrat Dr. Ritter als Kandidat aufgestellt worden. Man hofft von ihm, da er eine große Wohltätigkeit entfaltet, daß er die Stimmen aller Gegner der Sozialdemokratie auf sich vereinige. Er selbst erklärte in einer Versammlung des Bundes der Landwirte, „man habe ihm gesagt, daß er die einzige Person sei, die der Sozialdemokratie gegenüber noch einige Aussicht auf Sieg habe.“ So klammert sich also der patriotische Wahlmischmasch — auch Nationalliberale und Zentrum treten für den Konservativen ein — an die Person des Kandidaten, sein Programm ist ihnen Nebensache. Dr. Ritter ist über die „besten Mannesjahre“ hinaus. Rednerisch ist er nie eine besondere Leuchte gewesen. So kann man es verstehen, wenn er in seinen Versammlungen, — er hat allerdings erst eine abgehalten — die bösen Sozialdemokraten von vornherein ausschließt. Dabei zieht er allerdings in ganz unritterlicher Weise gegen die Sozialdemokratie zu Felde und führt als einen besonderen Grund für seine Wahl die erstaunliche Tatsache an, daß der „unpatriotische“ Kandidat der Roten, Hermann Sachse, als Vorsitzender des Bergarbeiter-Verbandes, die in Deutschland gesammelten Unterstützungsgelder ins Ausland, nämlich an die streikenden Bergleute in Frankreich und Amerika usw. sandte. Wäre es etwa besser gewesen, wenn Sachse diese Gelder zu eigenem Nutzen verwenden würde, damit die Ober-Patrioten schreien könnten: „Seht nur, wie Eure Gelder verwendet werden, Ihr armen, hungernden Arbeiter!“ Wie gesagt, Dr. Ritter ist kein Redner, der in offener Aussprache seine Ansicht auch gegenüber den Sozialdemokraten verteidigen könnte. Deshalb überläßt er das öffentliche Wirken für seine Kandidatur anderen. Ein streitbarer Mann ist der freikonservative Landtagsabgeordnete Krause, der 1898 kandidierte, der aber noch viel weniger Sympathien unter der Arbeiterschaft hatte, sodaß er es bei der einen Niederlage bewenden ließ und lieber für den Fraktionsfreund Ritter agitieren geht. Das war 1900 schon so und auch in diesem Wahlkampfe soll sich dasselbe Spiel wiederholen. Herr Krause hat schon einige „Vorträge“ angekündigt. Da aber auch er uns Sozialdemokraten von vornherein ausschließt, so hat er es furchtbar bequem, uns in Grund und Boden zu reden. Offen triti dann noch der Zentrumsführer, Erzpriester Ganse, auf den Plan. Dieser Herr zeichnete sich 1900 bei der Nachwahl durch seinen riesigen „Humor“ — die hiesigen Blätter nennen das so — aus und riß Witze, daß man sich unwillkürlich fragen mußte, ob sie ihm etwa in Fleisch und Blut übergegangen seien und auch auf der Kanzel widerhallen möchten. Er erklärte nämlich damals in einer Versammlung wörtlich: „Wir wollen den Herrn Sachse aus Zwickau — — zwicken, bis er „Au!“ schreit!!“ Trotzdem das „Au!“ am Wahltage nicht von Sachse, sondern von Herrn Ganse und seinen Mannen geschrien worden ist, hat er das Mätzchenmachen noch nicht aufgegeben und neulich hat er wieder die anspruchslose Versammlung von Beamten und Innungsmeistern, die das Referat des Dr. Ritter anhörten, mit der Fülle seines „Humors“ in Entzücken versetzt. So hat er u. a. „gewarnt“, die Butterschnitten der Kinder etwa in die sozialdemokratischen Flugblätter einzuwickeln, denn diese wären so hitzig geschrieben, daß sie wahrscheinlich die Butter vom Brote hinwegschmelzen würden! Aber da sie so feurig abgefaßt seien, eigneten sie sich vorzüglich zum Brennmaterial! Schallende Heiterkeit war natürlich die Folge derartiger „Witze“. Einige Arbeiter, die draußen am Fenster standen, gaben allerdings ihrem Unwillen darüber Ausdruck, wofür sie im „Waldenburger Wochenblatt“, einem freisinnigen Organ, als „unreife Burschen“ abgekanzelt wurden. Es hat sich alles, was irgendwie auf „Ordnung“ hält, gegen die Sozialdemokratie verbündet. Seit Jahren hat man planmäßig uns alle Säle abgetrieben. Sehr wohl und sehr weit bekannte Fabrik- und Grubenbesitzer kaufen alle faulen Hypotheken auf Gasthäuser mit Sälen auf, und wenn dann der alte oder neue Besitzer es wagt, die sozial-

Aus aller Welt.

Ein trauriges Ende. Die 63 Jahre alte Frau Julie Herberg, die Witwe eines Berliner Feuerwehrmannes, verlor vor vier Jahren ihren Mann durch den Tod, bezog seitdem monatlich 22 Mk. Armenunterstützung und wohnte bei einer Witwe in der Schönhauser Allee Nr. 160. Eine ihrer Bekannten teilte nun der Armenkommission mit, daß sie Vermögen habe und die Unterstützung gar nicht brauche. Daraufhin wurde ihr das Armengeld vor zwei Monaten entzogen. Frau Herberg beteuerte, daß die Anzeige nicht der Wahrheit entspreche, daß sie vielmehr nichts besitze, und bemühte sich, die Unterstützung wieder zu bekommen. Bevor jedoch auf ihre Eingabe eine Entscheidung getroffen wurde, machte sie ihrem Leben ein Ende. Am Dienstag, Morgens, fand ihre Wirtin sie als Leiche am Bettpfosten hängen. Die Verstorbene war seit zwei Monaten mit der Miete im Rückstande.

Der Diebstahl von „Ausstattungen“ scheint in Berlin sich zu mehren. Nachdem neulich erst ein Diebstahl von einer Unmenge von Haushaltungsgegenständen in einem Restaurant entdeckt wurde, liegt ein unaufgeklärter Diebstahl von 13 Stühlen vor; hierüber macht die Polizei bekannt: Ende April sind einem hiesigen Restaurateur dreizehn Stühle aus dem Garten gestohlen worden. Die gestohlenen Stühle waren aus rotbuchenem Holze, hatten geschweifte Lehne, viereckiges Sitzbrett mit Rohrgeflecht und waren fast neu.

Entflohener Zuchthäusler. Auf der Halbinsel Hela besteht eine „Filiale“ des Zuchthauses in Mewe. Die Insassen haben die Aufgabe, Dünenbefestigungsarbeiten auszuführen. Donnerstag früh wurde ein Heierrester Fischerboot am Brösener Strande gefunden. Gleichzeitig wurde bekannt, daß ein Zuchthäusler der Helaer Filiale verschwunden sei. Der Zusammenhang war nicht schwer zu erraten. Auf seiner Fahrt hatte der Flüchtling, wie die „Danziger Neuesten Nachrichten“ schreiben, ein Ruder als Mast benutzt und der nördliche Wind hatte ihn so über die Bucht hinweg dem Festlande zugetrieben. Bis jetzt hat man ihn noch nicht wieder eingefangen.

Bei seiner Ankunft aus Amerika verhaftet wurde ein amerikanischer Minenbesitzer, der seit etwa fünf Jahren von der Berliner Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt wurde. Der Verhaftete war im Jahre 1888 von der Berliner Strafkammer wegen Mißhandlung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden und hatte sich der Strafverbüßung durch die Flucht in das Ausland zu entziehen gewußt. Als er nun jetzt aus seiner Heimat in Hamburg eintraf, wurde er auf Grund des Steckbriefs erkannt und sofort festgenommen.

Die Not der Landwirtschaft. Eine große altmärkische Bauernhochzeit fand während der letzten Tage in Sülsten bei Pretzier statt. Fräulein Hedwig Zander vermählte sich mit Herrn Kamieth aus Brunau. Etwa 500 Personen waren zu der Hochzeit geladen; selbstverständlich waren Speisen und Getränke in ungeheuren Mengen vorhanden. Zum Polterabend hatte der Hochzeitsvater seinem Schwiegersohn ein Automobil im Werte von 8000 Mk. geschenkt.

Eine Liebesfahrt hoch zu Roß unternahm dieser Tage ein Trompeter der Feldartillerie in Jüterbog. Die Sehnsucht nach seinem Schatz hatte ihn so stark ergriffen, daß er kurzer Hand sein Dienenroß sattelte und davonritt, um seiner Liebsten in dem Dorf Poltwitz bei Luckau einen Besuch abzustatten. Mann und Pferd waren aber inzwischen in der Garnison vermißt worden, und da man dort von dem „Verhältnis“ des verliebten Trompeters wußte, so wurde der Telegraph in Tätigkeit gesetzt und die Ortsbehörde in Luckau von dem Vorfall benachrichtigt. Kaum war der Reitersmann bei seiner Braut eingetroffen, da erschien auch schon ein Gendarm zur Festnahme des Trompeters.

Wandlung in der Tracht der Kellner. Die Tracht der Kellner erfährt z. Z. eine erfreuliche Wandlung. Die merkwürdige Sitte aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts, den bedienenden Kellner in das Gewand der höchsten Feierlichkeit der Gesellschaft, den Frack, zu kleiden, kommt mehr und mehr in Abnahme. Andere Länder haben sich fast ganz von dieser unzweckmäßigen Kleidung freigehalten. Auch in Deutschland dringt jetzt die französische Sitte einer großen weißen Schürze für männliche Bedienung mehr und mehr durch. An Stelle des Fracks tritt eine weiße Jacke, sodaß der ganze Mann in weiß gehüllt wird. Die weiße Farbe hat zudem den Vorzug einer fortwährenden Kontrolle der Reinlichkeit und ist schon darum der dunklen Kleidung vorzuziehen. Insbesondere in den Cafés findet sich der Frack nur noch in den Lokalen mit älteren Gewohnheiten. Mit neuen Einrichtungen und neuer Ausstattung wird jetzt stets die weiße Tracht der Kellner eingeführt. Im allgemeinen hat sich der Frack mehr und mehr auf die Lokale zweiter und dritter Ordnung beschränkt.

Ein schlagfertiger Bataillonstambour. Vor dem Kriegsgericht zu Düsseldorf hatte sich dieser Tage der Unteroffizier und Bataillonstambour Theodor Stein von der 9. Kompagnie des Füsilierregiments Nr. 39 wegen Mißhandlung von Untergebenen in neun Fällen zu verantworten. Nach der Anklage soll der Chargierte die Soldaten während des Exerzierens und im Unterrichte vor die Brust gestoßen, auf den Kopf geschlagen und häufig mit Ohrfeigen traktiert haben. Da jedoch die mißhandelten Leute ihre in der Voruntersuchung gemachten stark belastenden Angaben über vorgekommene Mißhandlungen trotz aller Verwarnungen des Verhandlungsführers vor dem Kriegsgericht wesentlich einschränkten, lautete das Urteil gegen den Angeklagten nur auf vierzehn Tage Mittelarrest.

Raubmord. In dem Dorfe Massanei in Sachsen wurden der Gutsbesitzer Müller und seine Wirtschafterin, verehelichte Langhoff, durch Beilhiebe ermordet aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

In einem Artikel „Das Ende der Taler“ hat der Silberwährungsmann Dr. Otto Arendt im „Tag“ die Behauptung aufgestellt, daß das Fünfmarkstück überall unbeliebt sei und jeder Versuch, diese Münze aufzuzwingen, scheitern werde. Dem gegenüber wird offiziös in der „Nordd. Allg. Ztg.“ festgestellt, daß die Nachfrage nach Fünfmarkstücken ständig zunimmt. Von den nach Abzug der wiedereingezogenen Stücke bis Ende Mai d. Js. ausgeprägten rund 157 Millionen Mark in Fünfmarkstücken lagerten am 30. Mai dieses Jahres in den Kassen der Reichsbank nur etwa 10¼ Millionen Mark, denen aus den unsortierten Beständen vielleicht noch zwei bis drei Millionen Mark hinzuzurechnen sind. Danach befanden sich zu dieser Zeit im freien Verkehr mindestens 140 Millionen Mark in Fünfmarkstücken. Auch die Anforderungen, welche nach diesen Münzen bei den Reichsbankanstalten nicht nur aus den Industriebezirken, sondern auch aus sonstigen Bevölkerungskreisen hervortreten, sind ungemein lebhafte und andauernde. Die Reichsbank hat daher nicht nur ihre beträchtlichen verfügbaren Bestände an Fünfmarkstücken, welche beispielshalber noch im vorigen Herbste rund 30 Millionen Mark betrugen, nach und nach dem Verkehre zuführen, sondern sogar Anträge der Reichsbankkassen auf Ueberweisung dieser Münzsorte in den letzten Monaten steigend bis zur Höhe von 7 Millionen Mk. unberücksichtigt lassen müssen.

Wegen langjähriger Steuerhinterziehung wurde, nach der „Köln. Volksztg.“, in St. Johann ein Kaufmann aus Saarbrücken zu einer Strafe von **67,000 Mk.** verurteilt, wozu noch die Kosten des Verfahrens kommen.

Die Katastrophe in Rostow am Don ist nach einem Telegramm des „Berl. Tagebl.“ weit größer, als sie anfangs gemeldet wurde. Der Vergnügungsdampfer legte an einem vollständig morschen Anlegesteg an, auf dem sich Hunderte von Menschen drängten, dabei brach der Steg zusammen. Es entstand eine furchtbare Panik, die meisten ertranken, darunter viele Kinder. 200 Leichen wurden ins Meer hinausgetragen. Im Ganzen sind 300 Personen ertrunken.

Ein großer Schatz alter Goldmünzen ist auf der Feldmark des Gutes Suckow in Mecklenburg durch Schnitter gefunden worden. Sie boten am zweiten Pfingsttage einem Goldschmiede in dem Landstädtchen Plau eine alte Goldmünze zum Kauf an. Der Meister erkannte in ihr einen Dukaten, bot 20 Mark dafür und erfuhr dann, daß sie noch 160 Goldmünzen, zwei goldene Ringe und ein Stück Gold, das zu einer Stange zusammengebogen war, besaßen. Alles das hatten die Arbeiter am Pfingstsonnabend beim Torfstechen gefunden. Der Schatz ist nun vorläufig in amtliche Verwahrung genommen worden. Die Münzen, unter denen sich sehr polnische und türkische befinden, stammen aus dem Ende des 16. und der ersten Drittel des 17. Jahrhunderts, die jüngste weist die Jahreszahl 1630 auf. Man darf hieraus mit großer Wahrscheinlichkeit schließen, daß der Schatz im Laufe des 30jährigen Krieges vergraben worden ist. Der Gesamtwert des Schatzes beträgt etwa 2000 Mark.

Mit Hochdruck muss am heutigen Freitag gearbeitet werden! Jeder wackere Genosse beteilige sich an der Flugblattverbreitung.

demokratischen Arbeiter bei sich aufzunehmen, so ereilt ihn als wichtigste Strafe die Kündigung der Hypothek, ganz abgesehen von den sonstigen Chikanen, die gegen ihn ersonnen werden. Die Mundtotmachung ist der Gegner erhabenstes Ziel. Wie weit sie Erfolg damit haben werden ist abzuwarten. Die **Freisinnigen** haben in unserem Kreise ebenfalls eine Kandidatur aufgestellt. Herr Haubold, der freisinnige Kandidat, ist ein persönlich durchaus achtbarer Mann, der für seine Ueberzeugung auch Opfer zu bringen weiß. Aber seine Kandidatur ist eine ganz aussichtslose. Wie wenig Anhang noch der Freisinn hier hat, beweisen die Versammlungen, die er jetzt abhält. Wenn nicht unsere Genossen sich einfinden, sind sie äußerst schwach besucht. Das mag für die freisinnigen Herren bedauerlich sein, aber es ist nun einmal so. Wir haben im ganzen Kreise nur ein Lokal zur Verfügung, daß im günstigsten Falle 300 Personen faßt und dabei noch sehr weit abwärts von jeglicher Verkehrsstraße liegt. Vom Bahnhof Charlottenbrunn hat man reichlich 2 Stunden Fußweg, um es zu erreichen. Trotzdem waren aber die Versammlungen, die wir dort abhalten konnten, sämtlich bis zur Ueberfüllung stark besucht. Es sind besonders die Textilarbeiter aus Wüstewaltersdorf und Wüstegiersdorf, die in Schaaren über die Berge strömen und an der Versammlung teilnehmen. Neuerdings haben wir in Rothenbach einige Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten. Rothenbach liegt im Landeshuter Wahlkreise, aber nur eine halbe Stunde von Gottesberg entfernt. Es ist eine Freude, den Eifer zu sehen, den die niederschlesischen Arbeiter dabei entwickeln. Stundenweit laufen sie auf steinigem Bergpfade, um einmal einer Versammlung beizuwohnen. Leider können ihrer nur wenig sein. Am Sonntag wird **Bernstein** reden und steht ein außerordentlich starker Besuch zu erwarten. Die Gegner haben sich bisher wenig in Flugblattagitation geleistet. Die Bürger-Fränkel-Broschüre ist zwar in den Häusern wie in den Fabriken und auf den Gruben verteilt, auch haben die katholischen Arbeitervereine ziemlich gewühlt. Den Haupttrick wollen sie aber augenscheinlich erst am **letzten** Tage vor der Wahl anwenden. Wir sind über die Absichten der Konservativen ziemlich genau informiert und zweifeln nicht an dem Siege unserer Sache. Indessen ist bei der großen wirtschaftlichen Macht, die die Unternehmer hier in Händen haben, auch eine Ueberraschung nicht ausgeschlossen. Zwingt man doch jetzt auf einer Anzahl von Gruben die Arbeiter **unter Androhung der Entlassung**, die „Wahrheit", unser Arbeiterorgan, **abzubestellen!** Man nennt das nachher „sozialdemokratischen Terrorismus!" Inwieweit diese ungehörige „Agitation" von Erfolg sein wird, bleibt **abzuwarten.** Vor keiner Skrupellosigkeit scheint man auf jener Seite zurückzuschrecken. Hoffen wir, daß Unternehmertum und Büttelei am 16. Juni die einzige richtige Antwort erhalten! Es herrscht große Siegesgewißheit unter unseren Genossen, hoffentlich täuscht sie uns nicht!

*** Städtische Beamte und Reichstagswahlen.** Eine Anzahl städtischer Beamten der Stadt Breslau erläßt **an alle mittleren und Unterbeamten** der hiesigen **städtischen Verwaltung** einen **Aufruf**, in welchem zu reger Teilnahme an der am 16. d. M. stattfindenden Reichstagswahl aufgefordert wird. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Vor und nach den Wahlen zu den staatlichen und kommunalen Vertretungen werden regelmäßig in den Tagesblättern fast aller Parteien mit Recht Klagen über die mangelhafte Beteiligung der Wahlberechtigten an den Wahlen erhoben. Die Behauptung, daß infolge dieses beklagten Umstandes der Ausfall der Wahlen zumeist nicht der Gesinnung der Wählerschaft in ihrer Allgemeinheit entspricht, ist nur zu berechtigt. Es ist aber nicht allein Teilnahmlosigkeit der Grund für die Zurückhaltung vieler Wähler an der Wahlbeteiligung, sondern bei einem nicht geringen Teile ist auch die Besorgnis wirtschaftlicher Nachteile maßgebend, welche von Mitgliedern der Partei ausgehen könnten, der die Wahlstimme nicht zugewendet wurde. Kann diese Besorgnis auch für einen der städtischen Beamten bestehen? Wir meinen, nach der bisherigen Stellungnahme der städtischen Behörden dies nicht befürchten zu dürfen. Ein städtischer Beamter kann aber um so weniger im Zweifel darüber sein, welchem Kandidaten er seine Stimme zuzuwenden hat, als in der Regel die leitenden Männer der verschiedenen politischen Parteien gleichzeitig in der städtischen Verwaltung eine mehr oder weniger bekannte Tätigkeit entfalten. Dadurch wird ihm seine Entschließung als Wähler ganz wesentlich erleichtert. Wahlenthaltung wird den städtischen Beamten daher mit Recht zu verdenken, denn einen haltbaren Grund dafür können sie nicht anführen, und man wird ihnen deshalb unbestreitbar einen Mangel an Verständnis für die Wichtigkeit der Wahlen zum Vorwurf machen. Darunter aber leidet das Ansehen der gesamten Beamtenschaft. Die Unterzeichneten ersuchen aus diesen Erwägungen sämtliche Herren Mitbeamten, bei der bevorstehenden Reichstagswahl von ihrem Stimmrechte unbedingt und rechtzeitig Gebrauch zu machen."

Gegen die energische Mahnung, von dem höchsten staatsbürgerlichen Rechte Gebrauch zu machen, ist gewiß nichts zu sagen. Die Aufrufenden wollten wohl nicht für irgend eine bestimmte Partei wirken, sondern den Beamten lediglich ihre Pflicht, an der Wahl sich zu beteiligen, in das Gedächtnis rufen. Unter dieser Voraussetzung will uns allerdings die Wendung, ein städtischer Beamter könne um so weniger im Zweifel sein, wen er wähle, „als in der Regel die **leitenden Männer der verschiedenen politischen Parteien gleichzeitig** in der städtischen **Verwaltung** eine **mehr oder weniger bekannte Tätigkeit** entfalten", besonders dunkel erscheinen. Sollten sich unsere städtischen Beamten ihre politische Ueberzeugung wirklich erst nach solchen Gesichtspunkten bilden? Da giebt es doch wohl andere, festere, als der immerhin beschränkte der kommunalen Tätigkeit.

Uebrigens hat diese deutungsfähige Wendung im Aufruf einiges Unheil angerichtet. Die „Schles. Ztg." sieht in derselben offenbar eine Aeußerung konservativer Gesinnung und die „Bresl. Morg.-Ztg." ist geneigt, ihr darin beizustimmen, mindestens aber kann sie ihr Mißtrauen nicht ganz besiegen. Die „Bresl. Ztg." dagegen legt sich den Aufruf zu Gunsten der Liberalen aus. Wir glauben, daß es sich in der Tat nur um eine etwas gar zu diplomatisch ausgefallene Kundgebung für die liberalen Kandidaten handelt.

*** Geltung der Arbeiterfahrkarten am Wahltage.** Auf einen Antrag des sozialdemokratischen Zentralwahlkomitees der Provinz Brandenburg hat die kgl. Eisenbahndirektion **Berlin** verfügt:

„Aus Anlaß der Reichstagswahlen dürfen die Arbeiter-Rückfahrkarten am 16. Juni zur Rückfahrt nach dem Wohnort benutzt werden. Ebenso haben wir angeordnet, daß neue Arbeiter-Rückfahrkarten ausgegeben werden dürfen:

a. am 16. Juni zur Fahrt vom Arbeitsort nach dem Wohnort des Wählers;
b. am 16. oder 17. Juni zur Fahrt vom Wohnort nach dem Arbeitsort.

Die unter a bezeichneten Arbeiter-Rückfahrkarten berechtigen zur Rückfahrt nach dem Arbeitsort am 16. oder 17. Juni.

Werden die anderen Eisenbahndirektionen der Berliner nachfolgen? Es wäre das im Interesse **aller** Parteien durchaus erwünscht. Leider ist die Zeit zu kurz, jetzt noch einen entsprechenden Antrag zur rechtzeitigen Erledigung gebracht zu sehen.

Wähler-Versammlung

Sonntag Abend 7 Uhr

im

Gewerkschaftshause.

Referent:

Reichstags-Abgeordneter

Franz Tutzauer!

*** Wahlfragen.** Geschlossene oder offene Stimmzettel-Couverts? Es ist die Frage aufgeworfen worden, wie die den Stimmzettel enthaltenden Couverts dem Wahlvorsteher zu übergeben sind, ob **offen** oder **geschlossen**. Das Wahlreglement bestimmt darüber **nichts**, doch ist die Frage unseres Wissens praktisch so gelöst, daß die Couverts **hinten mit Schlitz und Zunge versehen** sind, so daß sie **bequem geschlossen** werden können.

Dürfen Stimmzettel im Wahllokal ausliegen? Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat darüber folgendes entschieden: Das **Wahlgeheimnis** wird dadurch **verletzt**, daß auf dem Tische des Wahlvorstandes die Stimmzettel **nur einer Partei** oder in der Weise die Stimmzettel mehrerer Parteien zur Entnahme für die Wähler ausgelegt sind, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes die **Stimmabgabe kontrollieren** können. Eine Verletzung des Wahlgeheimnisses liegt ferner vor, wenn der **Tisch mit Wahlzetteln vor der Eingangstür** in das Wahllokal so aufgestellt ist, daß der Wahlvorsteher vom Wahltische aus die Entnahme der Wahlzettel von diesem Tische kontrollieren konnte und kontrolliert hat.

*** Die Sozialdemokratie in der Klemme.** In der Tat, man kann sich kaum eine schlimmere Situation denken, wie die ist, in der sich gegenwärtig die Sozialdemokratie befindet. Schildern wir die unerträgliche Geschichte einmal mit den klaren, zwingenden Worten der — „Schles. Morgenzeitung". Also:

„Die Sozialdemokratie **schämt sich** ihres „Endzieles". Es wird jetzt in sozialdemokratischen Flugblättern und Zeitungen behauptet, der schöne Zukunftsstaat, in welchem jedermann glücklich und zufrieden sein soll, sei eine — **Erfindung Eugen Richters.** Diese Erfindung habe den alleinigen Zweck, die Sozialdemokraten zu diskreditieren! Das ist ein **wertvolles Geständnis**: denn daraus geht hervor, daß die Sozialdemokraten mit ihren Zukunftsstaatsphantasien **in die Nesseln** geraten sind. Was sagt nun aber **Bebel** dazu, der den „erfundenen" Zukunftsstaat an der Hand der sozialdemokratischen „Wirtschaft" in seinem Buche „Die Frau" so „verlockend" geschildert hat? Er hat zweifellos durch sein „Schwärmen" die Sozialdemokratie **diskreditiert**. Aber er hat **unlogisch** gehandelt. Jetzt wollen die bedrängten „**Genossen**" von dem **Zukunftsstaat nichts mehr wissen.** Aber sie sind **dennoch verpflichtet**, Rede und Antwort darüber zu stehen, was sie **zu tun beabsichtigen**, nachdem die **gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung**, die sie von Grund aus ändern wollen, **zerstört** ist. Sie sind **verpflichtet, klarzustellen**, was die **Ordnung**, die sie anstreben, für ein **Gesicht** haben soll. Wer ein altes oder mangelhaftes Gebäude **einzureißen** trachtet, muß doch wenigstens den **Umriß** eines Planes für den **notwendigen Neubau** haben. Wer auf's Geratewohl einreißt, ist zum mindesten ein **Leichtfertiger.** Also möge die Sozialdemokratie doch ihre **wirklichen Zukunftspläne enthüllen**; — da der Zukunftsstaat eine Erfindung Eugen Richters und Bebels sein soll."

Da haben sich die Herren Sozialdemokraten allerdings schön hineingeritten! Wie konnten sie aber auch so **dumm** sein und **leugnen**, daß sie den verruchten Eugen Richter'schen „Zukunftsstaat der Sozialdemokratie" als den ihrigen betrachten?

*** Der Brand auf der Reuschestraße.** Die Bewältigung des gestrigen Brand im Drogengeschäft Reuschestraße 19 ausgebrochenen Brandes nahm die Tätigkeit der Feuerwehr über drei Stunden lang in Anspruch. Sie wurde 7 Uhr 43 Min. alarmiert und kehrte erst 10 Uhr 58 Min. nach der Hauptwache zurück. Es brannten nach [illegible] in dem Lagerkeller eine Menge Fässer mit verschiedenen Lacken, Farben, Firnissen und Terpentin. Eine Menge Fensterscheiben sind von der Hitze gesprungen, der Laden- und Kontorraum ist ausgebrannt. Zur Anwendung kamen ein [illegible], eine Schiebe- und Hakenleiter und [illegible] sämtliche Sicherheitsgeräte. Das Feuer hat sich auf einen Schuppen in der [illegible] übergegriffen. Gelöscht wurde durch Angriff des Motorrades mit einem 35 mm Schlauchgang, [illegible] und bei 75 mm und einem 45 mm Schlauchgang vom Hydranten.

*** Ueberfahren.** Am 10. d. M. wurde auf der Rosentalerstraße ein Töpfer durch einen Fleischerwagen überfahren und erlitt Verletzungen im Gesicht und am rechten Arm. Der Führer des Wagens, ein Fleischergeselle, fuhr schnell davon, doch gelang es später, ihn anzuhalten und seine Personalien festzustellen.

*** Vermißt** wird seit dem 7. d. M., die 19 Jahre alte Arbeiterin Marta Scholz, welche Universitätsplatz 6 gewohnt hat. Sie ist mit schwarzseidener Taille, dunkelgrauem Rock und roten Schuhen bekleidet.

*** Vermißt** werden seit dem 5. d. Mts. der 12 Jahre alte Knabe Friedrich Klose, Oberschleuse 3, und seit dem 9. d. Mts. der Schüler Alfred Pals, Klosterstraße 79. — Der 16 Jahre alte Bäckerlehrling Richard Dittrich, Scheitnigerstraße 41, wird seit dem 7. d. Mts. vermißt. Er ist mit hellgrauem Anzug, roter Krawatte und Halbschuhen bekleidet.

*** Unfall.** Am 9. d. M., Nachmittags, wurde durch einen Wagen der vor dem Hause Höfchenstraße 50 stehende Laternenpfeiler umgefahren und vollständig zertrümmert.

*** Zusammenstoß.** Am 10. d. M., Vormittags, stieß an dem Kreuzungspunkt Albrechtsstraße—Schuhbrücke ein Motorwagen der Scheitniger Linie mit einem Motorwagen der Linie Kleinburg—Odertor zusammen, indem ersterer dem letzteren in die Flanke fuhr und eine große Scheibe zertrümmerte. Der Vorderperron des Wagens wurde stark beschädigt.

*** Verkehrsstörung.** Donnerstag Vormittag entstand auf der Graupenstraße, kurz vor der Wallstraße, für den Betrieb der Straßenbahn nach Gräbschen und Morgenau eine längere Verkehrsstörung, indem einem mit Ziegeln beladenen Wagen das Vorderrad brach und derselbe auf den Schienen der Bahn liegen blieb. Erst nachdem man den Wagen entladen und vom Gleise entfernt hatte, konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden. Es hatten sich eine lange Reihe Straßenbahnwagen angesammelt.

*** Gestohlen** wurde einer Kaufmannsfrau von der Altbüßerstraße auf dem Neumarkt ein Portemonnaie mit 4 Mark. — Aus der Wohnung eines Arbeiters auf der Humboldtstraße wurde eine silberne Zylinderuhr nebst Nickelkette und einer Dame von der Neuen Gasse auf dem Neumarkt ein gelbes Portemonnaie mit 33 Mk. und einer Badekarte gestohlen.

*** Festgenommen** wurde durch die Kriminalpolizei ein Schlossergeselle, der in einer Brauerei bei Ausführung von Arbeiten wiederholt schwere Diebstähle verübt hat. — Ferner wurde ein Arbeiter verhaftet, der in der Nacht zum 10. d. Mts. einen Einbruch in eine Wurstmacherei auf der Gräbschenerstraße verübt und sich eine große Menge Fleisch- und Wurstwaren, sowie 2—3 Mark angeeignet hatte. — Ein Monteur wurde verhaftet, weil er von einer Droschke die Peitsche gestohlen hatte.

*** Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 10. d. Mts. 30 Personen eingeliefert. — **Gefunden** wurden eine schwarze Handtasche, ein Schlüsselbund und eine Quittungskarte. — **Abhanden** kamen ein goldenes Medaillon, eine silberne Damenuhr und ein Portemonnaie mit 22 Mk.

Brieg, 11. Juni. **Blutvergiftung durch Insektenstiche.** Ein elfjähriges Mädchen wurde hier in den Pfingsttagen von einer Mücke in den linken Oberarm gestochen. Das Kind rieb die Stichstelle. Diese schwoll an und es bildete sich später ein großer Schorf. Erst seit einigen Tagen ist das entstandene Geschwür im Abheilen begriffen. — Am Pfingstsonnabend wurde das vierjährige Töchterchen des Gärtners Scheer im nahen Haidau, als es in Begleitung der Eltern aus Ohlau zurückkehrte, am Bein von einem Insekt gestochen. Das Kind verspürte auf dem Wege heftige Schmerzen, da aber keine Verletzung wahrzunehmen war, legten die Eltern der Sache keine Bedeutung bei. Am andern Tage aber schwoll das Bein stark an, worauf ein Arzt herbeigeholt wurde. Da das Gift sich schon zu ausgebreitet hatte, war ärztliche Hilfe nicht mehr möglich, und vor wenigen Tagen starb das Kind.

Goldberg, 10. Juni. **Durchgebranntes Zebra.** Gestern riß aus der hier gastirenden Barum'schen Menagerie ein **Zebra** aus, und nahm seinen Weg nach **Riemberg.** Dortselbst stellte sich, in der guten Meinung, den Ausreißer auffangen zu können, der Dominialarbeiter Hoffmann entgegen, doch mit negativem Erfolge, denn er wurde durch Bisse verletzt und in den Straßengraben geschleudert. Erst nach Aufbietung vieler von den Feldern herbeigeeilter Hilfskräfte wurde das Tier in Laasnig in einen Stall getrieben, und gefesselt mit Stricken und Tauen unter starker Escorte nach Goldberg zurücktransportiert.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 12. Juni:
Holzarbeiter-Verband. Zimmer **Nr. 1.**
Männer-Gesang-Verein „Vorwärts". Zimmer **Nr. 3.**

Sonnabend, den 13. Juni:
Metallarbeiter-Verband. Bibliotheksabend, Zimmer **Nr. 1.**
Zimmerer-Verband. Zahlabend, Zimmer **Nr. 1.**
Holzarbeiter-Verband. Zahlabend, Zimmer **Nr. 1.**
Handschuhmacher-Verband. Zimmer **Nr 2.**
Buchbinderversammlung. Zimmer **Nr. 3.**
Bildhauer-Versammlung. Zimmer **Nr. 5.**
Tabakarbeiter und -Krankenkasse. Zahlabend, Zimmer **Nr. 7.**
Zigarrensortierer. Zahlabend **unten.**
Sozialdemokratischer Verein. Zahlabend **unten.**

Sonntag, den 14. Juni:
Große Wähler-Versammlung. Abends 7½ Uhr im Saal. (Franz Tutzauer.)

Der Saal ist noch frei:
Sonnabend, den 27. Juni.

Versammlungen und Vereine.

Striegau. **Gesang-Verein „Vorwärts".** Sonntag, den 14. Juni, Nachmittag 2 Uhr: Im Gasthof „zur Bierquelle", Grben, Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Vergnügen. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Striegau. **Oeffentliche Versammlung.** Sonntag, den 14. Juni, Nachmittag 3½ Uhr, in der „Bierquelle". Tages-Ordnung: Sozialdemokratie und Konservatismus. Referent F. Feldmann. Vor und nach der Versammlung werden die Beiträge für den **Wahlverein** entgegengenommen.

Klein-Tschirbsdorf bei Haynau. **Oeffentl. Wähler-Versammlung.** Sonntag, den 14. Juni, Nachmittags 5 Uhr, auf dem Grundstück des Stellenbesitzers Josef Zwiener. Referent wird noch bekannt gegeben. Eingeladen sind alle Wähler der Umgegend. Der Einberufer.

Haynau. **Oeffentliche Wähler-Versammlung.** Sonntag, den 14. Juni, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Grund des Kohlenhändlers Gebner hierselbst, Liegnitzerstraße 41. Referent: Reichstagsabgeordn. **Franz Tutzauer**-Berlin. Zahlreicher Besuch erwünscht. Alle Wähler sind eingeladen.

Ratibor. **Kartellvors.: P. Benedix, Bosatzerstr. 31, II, Versammlungslok. Zernik, Gr. Vorstadtstr. 38.**

Sonntag, den 14. Juni:
Maler. Vormittags 10 Uhr: Zahltag. Zimmer Nr. 1.
Maurer. Vormittags 10 Uhr: Zahltag. Zimmer Nr. 1.
Metallarbeiter. Vormittags 10 Uhr: Zahltag. Zimmer Nr. 1.
Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Vormittags 10 Uhr: Zahltag. Zimmer Nr. 1.
Fleischer. Abends 8 Uhr: Zahlabend Zimmer Nr. 1.